

Johannes Rau

Ein Politikerleben in Briefen, Reden und Bildern

Wolfgang Gröf

Sabine Kneib



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

978-3-8012-0406-8

Copyright © 2011 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Lektorat: Dr. Dorothea Steffen
Umschlag: Ralf Schnarrenberger, Hamburg
Umschlagfoto: Jürgen Eis
Druck und Verarbeitung: braunschweig-druck GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2011

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort – vii

Erhard Eppler: Johannes Rau, ein menschlicher homo politicus – ix

»Es galt Grenzen zu öffnen« – vom »Predigersohn« zum Verlagsbuchhändler und Journalisten – 1

»Mit dem jungen Mann werden wir noch viel Freude haben« – Johannes Rau in der Gesamtdeutschen Volkspartei – 11

»Ich halte, weil ich gehalten werde« – christlicher Politiker in gesellschaftlicher Verantwortung – 23

»Was wären wir für jämmerliche Leute, wenn wir als Jüngere nachhinkten, statt vorweg zu laufen!« – junger Kommunal- und Landespolitiker – 33

»Modell für ein demokratisches Bildungswesen« – Minister für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen – 51

»Gedanken beflügeln und Herzen öffnen« – Johannes Rau als Mittler zwischen Kultur und Politik – 63

»Wir in Nordrhein-Westfalen« – Ministerpräsident und »erster Bürger« im Land – 73

»Versöhnen statt spalten« – als leidenschaftlicher Sozialdemokrat und Kanzlerkandidat im Zentrum der Partei – 95

»In der Demokratie gilt Dienst als Schlüsselwort« – Bundespräsident aller in Deutschland lebenden Menschen – 117

»Aus dem Nebeneinander ein Miteinander machen« – in Deutschland und in der Welt – 141

Zeittafel – 159

Bibliografie zum Slogan »Wir in NRW« im Kontext der Landtagswahlen 1985 bis 1995 – 179

Bibliografie zum Slogan »Versöhnen statt Spalten« von Johannes Rau – 181

Personenregister – 183

Bildnachweis – 187

Herausgeber – 188

Vorwort

Der achtzigste Geburtstag von Johannes Rau ist ein guter Anlass zur Erinnerung an diese große sozialdemokratische Persönlichkeit, die aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht wegzudenken ist. Seiner Wuppertaler Heimat stets treu geblieben, stand Johannes Rau länger als ein halbes Jahrhundert im politischen Rampenlicht, 28 Jahre als Kommunal- und Landespolitiker und fünf Jahre als Präsident der Bundesrepublik Deutschland.

Schon außergewöhnlich früh in die Politik eingestiegen und zur politischen Arbeit berufen, hatte Johannes Rau bereits in jungen Jahren einen dichten Terminplan, da er neben der Ausübung seines Landtagsmandats einen Verlag führte, Kolumnen schrieb, sich in der Kirche und für viele weitere Belange engagierte, die ihm wichtig waren. Der Aufstieg in der Partei, zunächst in der GVP, dann in der SPD und der Ämterhierarchie der Bundesrepublik führten bei ihm jedoch nicht zum »Tunnelblick« dessen, der zügig politische Karriere macht. Rau hat offenkundig den Kontakt zum »realen Leben« behalten. Über eine »Sommerreise durch Deutschland«, im Jahr vor der Bundestagswahl 1987, gefüllt mit Familienbesuchen und Begegnungen, schrieb Rau selbst: Nur wer den Nachbarn, den Mitbürgern »zuhört, wird und bleibt politikfähig« (Vorwort, in: Kai Hermann, Wilfried Bauer: Deutschland. Ein Familien-Bilderbuch. Johannes Rau stellt Familien unseres Landes vor. Düsseldorf (u. a.), 1986). Im Gegensatz zu anderen Politikern hatte er es nie nötig, sich mit den häufig so entlarvenden politischen Floskeln wie »die Menschen draußen im Lande« aufzuhalten oder mit der Suche nach der »Bürgernähe« – denn diese hatte er nie verloren. Im öffentlichen Bewusstsein ist deshalb bis heute mehr präsent geblieben als Raus Wahlämter oder seine politischen Akzente etwa in der Bildungs-, Integrations- und Strukturpolitik: nämlich die Persönlichkeit Johannes Raus und seine zuverlässige Suche nach dem Konsens.

Johannes Rau hat in der Geschichte und in den Herzen der Menschen in Deutschland, darüber hinaus in der Welt, viele Spuren hinterlassen. Anhand dessen, was er gesagt und zu Papier gebracht hat, wird es dauerhaft möglich sein, den Menschen und Politiker Rau auch denjenigen näher zu bringen, die ihn nicht als »Zeitgenossen« erleben konnten. Den Herausgebern hat sich die Frage nach der »angemessenen« Erinnerung deshalb von selbst beantwortet: Die

folgenden Seiten zeigen ein Portrait Johannes Raus, das neben Bildern vor allem zusammengesetzt ist aus *seinen eigenen* Worten in Reden, Aufsätzen, Artikeln und Briefen. Textauszüge und Zitate sollen die geistige und sprachliche Vielfalt seiner Äußerungen spürbar machen und Auskunft geben über seine grundsätzlichen Überzeugungen sowie seine zentralen Themen. Manches ist dabei noch nicht allgemein bekannt. Anderes wurde bereits häufig zitiert, weil es prägend in seiner Zeit war oder sich über die Jahre als zeitlos erwiesen hat – so dass ihm allein deshalb Raum gebührt. Nicht ohne Grund werden bis heute gerne Begebenheiten mit oder Äußerungen von Johannes Rau im politischen Diskurs ins Feld geführt – selbst von Repräsentanten jener Parteien, denen er nicht nahe stand.

Das Buch folgt einer teils chronologischen, teils thematischen Abfolge. Dies ist der Fülle der typischen »Rau-Themen« und der von Johannes Rau ausgefüllten politischen Ämter geschuldet sowie deren zeitlichen Überschneidungen. So finden sich auf den folgenden Seiten ebenso programmatische Reden des Kommunal-, Landes- oder Bundespolitikers Rau wie auch Aufzeichnungen und Zitate des jungen Verlagsbuchhändlers oder des engagierten Protestanten und Mittlers zwischen unterschiedlichen Lebenswelten und Denkweisen. Die hier zusammengetragenen Fotos, Abbildungen, öffentlichen Äußerungen und Briefauszüge werden dabei jeweils mit erklärenden Worten und einer Einbettung in den zeitlichen Zusammenhang eingeleitet.

Natürlich hat Johannes Rau auch außerhalb der Öffentlichkeit unzählige schriftliche Stellungnahmen verfasst. Aus seinem bereits in jungen Jahren vorhandenen Bemühen, niemanden ohne Reaktion, ohne Antwort, ohne Erklärung zu lassen, entwickelte sich eine Selbstverpflichtung. So entstand über die Jahre eine reichhaltige Korrespondenz aus Anfragen und Antworten, Bitten und Weiterleitungen. Mit der Zeit war ein persönliches Beantworten kaum mehr möglich. Dennoch blieb Johannes Rau bei der guten Sitte, jedem, den er kannte, zum Geburtstag zu gratulieren. Sämtliche Diktate und Briefentwürfe korrigierte und kommentierte er, achtete gegebenenfalls darauf, dass Name und Adresse richtig buchstabiert waren und wies darauf hin, dass der möglicherweise falsch beschriftete Umschlag auszuwechseln sei. Als beispielsweise ein Entwurf die Floskel

enthielt »möchte ich nicht versäumen zu gratulieren«, klammerte er »nicht versäumen« ein und schrieb deutlich an den Rand: »(nur für die Zukunft:) Ich will nie versäumen, jemanden zu gratulieren (die Floskel ist also immer entbehrlich ...) Pardon!«.

An solchen Beispielen wird klar, wie wichtig es Johannes Rau war, jedem mit höflichem Respekt und ohne Worthülsen zu begegnen. Ferner war es natürlich sein Wunsch, gute Bekanntschaften und Freundschaften zu pflegen, selbst wenn das angesichts der Zeit, die seine politischen Ämter beanspruchten, schon früh kaum mehr möglich war. Da der geringste Teil solcher Briefe allerdings für eine Veröffentlichung bestimmt war, sind im vorliegenden Buch nur einige wenige vollständig abgedruckt. Meist wurden Stellungnahmen und Gedanken aus den Korrespondenzen Johannes Raus ausgewählt und neben andere, von ihm veröffentlichte Dokumente gestellt. Gekürzt wurde, wenn Texte bereits publiziert vorlagen oder um Privates weiterhin privat sein zu lassen.

Dieser Band verfügt – unter anderem zum Zweck einer weiterführenden Auseinandersetzung mit Johannes Rau – über einen

Anhang mit einer Zeittafel, zwei Themenbibliografien zu den bekanntesten mit dem sozialdemokratischen Politiker verbundenen Leitsätzen »Wir in NRW« und »Versöhnen statt spalten« und einem Personenregister.

Herzlich danken wir Erhard Eppler, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, als langjähriger Weggefährte Johannes Raus die einleitenden Worte zu schreiben. Dank für Beratung und Hilfestellung sagen die Herausgeber auch Reinhard Grätz und Gabriele Behler. Das kollegiale Zusammenwirken in der Gestaltung dieses Buches mit Kolleginnen und Kollegen des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert-Stiftung – Carl Siedow, André Castrup und Bernd Raschke (Fotorecherche und -bearbeitung) und Annika Schaefer (Erstellung der Bibliografien) – hat ebenso gut getan wie die fachliche Zuarbeit der Kollegen und Kolleginnen des Stadtarchivs Wuppertal.

Bonn, im November 2010

Wolfgang Gröf

Sabine Kneib

Erhard Eppler:

Johannes Rau, ein menschlicher homo politicus.

I. Den idealen Politiker gibt es nicht. Kein Mensch ist für alles begabt, was in der politischen Arbeit verlangt werden kann: Die präzise Analyse politischer Strömungen und Kräfteverhältnisse, eine klare Vorstellung von dem, was geschehen soll und dazu das Gespür dafür, was vom Gewollten und Wünschenswerten erreichbar ist; ein intensives Verhältnis zur Sprache, dem wichtigsten Werkzeug demokratischer Politik, die Fähigkeit, geduldig zuzuhören, auch wenn nichts Neues zu erfahren ist, ein glänzendes Personengedächtnis gepaart mit einer Grundsympathie für Menschen, ihre großen und kleinen Sorgen, ein Humor, der sich gerade in schwierigen Augenblicken bewährt. Ein Gespür für Macht, das sich nie in Sucht verwandelt, Durchsetzungskraft, die nie in Rücksichtslosigkeit ausartet. Programmatische Formulierungskraft und gleichzeitig Freude am pragmatischen Entscheiden und Handeln. Ein Gespür für Wichtiges und weniger Wichtiges. Was bei der Addition solcher Gaben herauskommt, ist kein Mensch, sondern ein Klischee und nicht einmal ein ansprechendes, eher ein kitschiges. Auch Johannes Rau konnte nicht alles. Und da er sehr klug war, wusste er es auch und versuchte sich nicht auf Gebieten und an Aufgaben, die ihm nicht lagen. Aber für das, was die Ämter verlangten, nach denen er strebte und die er erreichte, hatte er fast alles, was da gefragt war.

David Cornwell, den viele Europäer als John le Carré kennen, den britischen Autor, dessen Kriminalromane in die Literaturgeschichte eingehen werden, hat Johannes Rau im Berner Oberland kennen und schätzen gelernt. Daher soll hier an einen Satz erinnert werden, mit dem dieser durch und durch politische Mensch vor einem halben Jahrhundert einen jungen Abgeordneten aus Deutschland auf den beschränkten Wert programmatischer Überlegungen aufmerksam machte; »Politics, that's 90 per cent people and 10 per cent ideas.«

Cornwell hatte Recht. Aber ausgerechnet Johannes Rau brauchte er dies nicht zu sagen. Für ihn war Politik zuerst und vor allem der richtige Umgang mit Menschen, mit Hausfrauen und Professorinnen, mit Geschäftsleuten und Beamten, mit Parteifreunden und politischen Gegnern, mit Journalisten und Demoskopen, mit Bergleuten und Kellnerinnen, mit denen, die von ihm präzise Weisungen erwarteten und denen, die zornig kamen und lächelnd wieder gingen.

Cornwells Formel beherzigen viele Politiker. Aber man spürt die Absicht: Ein Politiker muss eben nett zu den Leuten sein, sonst wählen sie ihn nicht. Schon vor 300 Jahren verlangte man von einem Bürgermeister, dass er »gemein und niederträchtig« sei. Nicht ganz von ungefähr haben die beiden Adjektive seither ihren Sinn verändert, und nicht zum Positiven. Was bei anderen oft Methode, Form, Taktik bleibt, war bei Johannes Rau Zuwendung, Interesse, Sympathie, Hilfsbereitschaft. Er nahm Menschen ernst, auch wenn er täglich mit Hunderten zu tun hatte. Wenn er sie mit Namen ansprach, spürten sie: der hat mich nicht vergessen. Und tatsächlich erinnerte sich der Herr Ministerpräsident oft noch an eine Begegnung vor drei oder fünf Jahren.

II. Johannes Rau interessierte sich für Menschen. Was gab es Spannenderes als Menschenleben mit all ihren Wirrungen, Brüchen, Neuanfängen, mit all ihren Niederlagen, ihren – wirklichen und eingebildeten – Siegen, ihrem Glück und ihrer Verzweiflung. Dabei war Johannes nie ein Moralist, noch weniger ein Moralprediger. Er, der Christ, wusste, dass wir alle, er selbst nicht anders als die Rentnerin Frieda Mayer, die ihm in unbeholfener Handschrift ihre Sorgen schilderte, auf Vergebung angewiesen sind. Er überhob sich nie, was er zu sagen hatte, kam nie von oben herab.

Hier hat auch Raus Humor seine Quelle, ein Humor, der manche Präsidiumssitzung der SPD auflockerte. Wenn der Kanzler Helmut Schmidt allzu ungnädig mit seiner Partei und deren Vorsitzenden, seinem Vorgänger im Kanzleramt, Willy Brandt umsprang, dann konnte eine humorvolle Zwischenfrage des Düsseldorfer Ministerpräsidenten weiterhelfen, ohne den einen oder den anderen zu verletzen. Raus Humor war viel mehr als eine Lust am Spaßemachen – auch wenn es diese Lust gab und sie in den Nachsitzungen gelegentlich freien Lauf bekam. Humor entsprang bei ihm aus dem Wissen, dass unser Tun nicht perfekt sein kann, also auch nicht perfekt sein muss. Politik, das war für Johannes eine wichtige, vielleicht die wichtigste Sache, die Menschen auf sich nehmen können, aber Politik blieb immer ein Teil des Vorletzten. Es ging um das Wohl von Menschen, das gemeine Wohl, das Wohl einer Gesellschaft, nicht um das, was Theologen das »Heil« nennen. Wo Politiker sich als Heils-

bringer gebärden, war, daran zweifelte er nicht, das Unheil nicht weit. Wer vom Letzten gehalten wird, bewegt sich im Vorletzten sehr frei.

Wo Johannes Rau den Vorsitz führte, vor allem im Düsseldorfer Kabinett, wurde viel, oft auch lange diskutiert. Da dekretierte nicht der Chef gleich zu Beginn, wo es lang ging, was alle übrigen vor die peinliche Wahl stellt, zu nicken oder zu widersprechen. Nein, Rau ließ reden und suchte den Konsens. Und der war nur zu erreichen, wenn niemand sich scheute, seine Meinung zu sagen und wenn alle einander zuhörten. Auch dann konnte es lange dauern, bis jeder und jede mit der Entscheidung »leben« konnte. Aber für Rau war Politik nicht zuletzt ein Ringen um Konsens.

Die – oft recht mühselige – Suche nach der gemeinsamen Linie ist nicht nur die humanste und demokratischste Form von Führung. Für Willy Brandt war es auch die effizienteste. Davon hat der um 17 Jahre Jüngere sicher gelernt. Für beide war dieser Stil auch ein Zeichen des Respekts vor denen, auf deren Loyalität sie angewiesen waren. Sie hielten sich für fehlbare Menschen, die nicht immer Recht behalten mussten, die immer noch etwas lernen konnten. Gerade so haben sie geführt, länger und erfolgreicher als dies im politischen Betrieb üblich ist.

In diesem Buch wird das politische Leben Johannes Raus gewürdigt: was er in der Kommunalpolitik, für die Wissenschaft seines Bundeslandes, für den dramatischen Strukturwandel zumal an der Ruhr getan hat, was er als Bundespräsident angestoßen und bewirkt hat. Johannes Rau war der geborene Bundespräsident. Welches Amt verlangt so eindeutig und so dringend einen Menschen, der zusammenführen, versöhnen, nicht polarisieren, nicht spalten will.

Der Landesvater des bevölkerungsreichsten Bundeslandes hatte schließlich bewiesen, dass er dies alles, das Zusammenfügen, das Zusammenwirken, das Schaffen eines Gefühls der Zusammengehörigkeit, nicht nur wollte, sondern auch konnte, dass er darin erfahren war. Es gehörte nicht viel Phantasie dazu, sich ihn als Bundespräsidenten vorzustellen, weder für seine Freunde noch für ihn selbst. Er wollte das, was ihn antrieb, in dem Amt versuchen, das nicht zuletzt dafür geschaffen worden war.

Dass die ersten beiden Jahre seiner Amtszeit dann die schwierigsten seiner öffentlichen Wirksamkeit wurden, hat wohl damit zu tun, dass die Mächtigen der Medien nicht mehr neugierig waren auf das, was von diesem Bundespräsidenten kam. Man kannte ihn ja gut genug, und berichtenswert ist nur, was überraschend oder mindestens neu ist. So fand der Präsident in den Medien lange kaum statt, er konnte tun und sagen, was er wollte. Erst nach einer quälend langen Anlaufzeit dämmerte den meisten, dass dieser Präsident nicht alte Formeln wiederholte, sondern Wege in die Zukunft wies.

Seine größte Leistung, die Leistung, die am längsten bleiben könnte, betraf ein Bundesland, das seine Gründung der Willkür von Besatzungsmächten verdankt. Dort ein »Wir«-Gefühl zu schaffen, ein Bewusstsein, ja sogar einen kleinen Stolz darauf, Bürgerin oder Bürger dieses Landes zu sein, das hätte niemand so erreichen können wie er. Demokratie lebt, ob sie es will oder nicht, auch von gewachsenen Loyalitäten. Eine Bremer Bürgerin ist stolz auf die 1 000 Jahre Geschichte ihrer Stadt, auf Bremens Freiheit und Eigenständigkeit, seine Besonderheit. So etwas lässt sich nicht auf ein großes Flächenland übertragen, zumal wenn es so entstanden ist wie Nordrhein-Westfalen. Aber auch da kann kluge Politik gemeinsame Tradition, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit schaffen. Als Napoleon und seine Helfer den Hochrhein und Oberrhein entlang das größere Baden zusammenflickten, hatten die Kurpfälzer in Mannheim rein gar nichts mit den Vorderösterreichern in Freiburg oder gar Konstanz zu tun. Innerhalb eines knappen Jahrhunderts hat die Weisheit badischer Großherzöge alle zu Badenern gemacht, stolz auf ihr »Musterlände«. So wie Kinder in Baden heute von Großherzog Friedrich hören, könnten in 50 Jahren Kinder in Aachen, Münster und Bielefeld von Johannes Rau erfahren.

Wie hat er das geschafft? Durch Vertrauen, das wichtigste und verletzlichste Gut, wo auch immer Menschen zusammenleben.

Von Lenin stammt der Satz: »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.« So haben es seine Nachfolger, auch seine kleinwüchsigen Schüler in der DDR gehalten. Als die Kontrolle lückenlos perfekt, das Vertrauen jedoch aufgebraucht war, brach die SED-Herrschaft zusammen. Und auch der Staat Lenins zerfiel. Lenin war ein zynischer Machtpolitiker. Es kam darauf an, die Macht, die ganze, totale Macht zu erringen. Dann würde man auch die Macht haben, Gegner auszuschalten. Wenn man einen Gegentypus zu ihm suchen wollte: bei Johannes Rau würde man fündig.

Hätte man Johannes Rau nach der Lenin'schen Devise befragt, so hätte er sie umgedreht: »Kontrolle ist leider nötig, aber ohne Vertrauen gibt es keine humane Gesellschaft.« Raus Macht – und er hatte Macht und wusste es auch – beruhte auf Vertrauen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger seines Bundeslandes vertrauten ihm, oft auch solche, die nicht seine Partei wählten.

Aber was bedeutet dies? Sie glaubten zu wissen, was ihr Ministerpräsident möglicherweise tun, vor allem aber, was er nie tun würde. Er würde gewissenhaft, korrekt und fleißig regieren, Gesetze achten, für saubere Verwaltung sorgen, Wissenschaft und Bildung fördern, sogar die musische, den Städten helfen, ohne Bergbau zu florieren. Vor allem aber: Er würde seine Rheinländer und seine Westfalen niemals anlügen, niemals täuschen, hinters Licht führen. Er würde ihnen nie etwas versprechen, von dem er schon wusste, dass er es nicht halten kann. Und er würde niemanden ins Bodenlose fallen lassen, sich notfalls um jeden einzelnen kümmern. Und: es würde

Dinge geben, die ihm wichtiger sind als sein Amt; zum Beispiel, dass er die kritischen Fragen einer jeden Bürgerin, eines jeden Bürgers ohne zu erröten beantworten konnte, nicht erschöpfend, nicht mit der Allwissenheit eines Computers, aber mit der Redlichkeit eines anständigen Menschen, der auch Irrtümer eingestehen kann, aber keine Angst haben muss, bei einer Lüge ertappt zu werden. Bei ihm, dem miserablen Schauspieler, würden sie immer wissen, woran sie sind.

Johannes Rau hat in seinem Umfeld zuerst in seinem Bundesland, dann bei vielen in der ganzen Republik, das wachsen lassen, woran es in Deutschland noch selten so gefehlt hat wie in der Zeit, in der er seinen 80. Geburtstag hätte feiern können: Vertrauen. Gerade jetzt, wo solches Vertrauen in die Regierenden rar geworden ist, wo sich so gar nichts mehr von selbst versteht, was sich in einer Demokratie von selbst verstehen sollte, wird klar, was Johannes Rau bewirkt hat, ohne davon zu reden, einfach so, durch seine Person, durch sein Entscheiden, sein Reden, sein Lachen, seine Zuwendung zu Menschen. Jetzt wird deutlich, was er für die Geschichte der zweiten deutschen Demokratie bedeutet: Den Glücksfall einer umwerfenden Menschlichkeit, die – gegen alle gängige, meist zynische Theorie – politisch erfolgreich war.

»Es galt Grenzen zu öffnen« – vom »Predigersohn« zum Verlagsbuchhändler und Journalisten

Johannes Rau wurde am 16. Januar 1931 in Wuppertal-Barmen geboren und wuchs dort als drittes von insgesamt fünf Geschwistern in der Riescheider Straße 14 in einfachen, von Protestantismus und Pietismus geprägten und behüteten Verhältnissen auf.

Der Vater, der 1898 geborene Ewald Rau, hatte mit 25 Jahren ein kleines Textileinzelhandelsunternehmen gegründet und 1925 die aus dem Oberbergischen stammende und drei Jahre jüngere Helene Hartmann geheiratet.

Im selben Jahr hatte er sein Textilgeschäft in Wichlinghausen aufgegeben und war Sekretär beim Hauptverein des Blauen Kreuzes in Wuppertal geworden, der evangelischen Organisation der Suchtkrankenhilfe: Er »evangelisierte und predigte im wesentlichen in evangelischen Kirchengemeinden mit dem Schwerpunkt Westfalen, Lippe, Württemberg und Sachsen.« (Brief an Bernhard Schaepe, 19.6.1995, Johannes Rau Archiv, JRA.)

Was seinen Vater zum »bewussten Christen« werden ließ, konnte Johannes Rau zufolge nie ganz geklärt werden, sicher ist aber, dass die Entscheidung Ewald Raus sein Leben und das seiner Familie auf vielerlei Weise bestimmte. Zwar wehrte sich Johannes Rau Zeit seines Lebens dagegen, in das Klischee eines »Pfarrerssohns« gepresst zu werden. Die Laienpredigertätigkeit des Vaters, eine selbstverständliche Religiosität, im Alltag gelebter und praktizierter Protestantismus prägten aber das Familienleben: Alkohol, Zigaretten und Kino waren verpönt, regelmäßige Gottesdienstbesuche, Bibellesungen und Gebete an der Tagesordnung. Einen Einblick in das Familienleben und in die Vorstellungen des jungen Johannes Rau für sein Leben gibt der 1953 publizierte Artikel »Meine Eltern« (siehe Abb. 22).

Trotz der Andeutung von Konflikten – das »Generationsproblem« wird »unter uns« ausgemacht – macht der Text deutlich, wie stark Johannes Rau besonders seinen Vater als Vorbild erlebte, wie ausgeprägt die Zuneigung zu seinen Eltern und wie tief das Wissen um die Sicherheit und Geborgenheit, die sie ihm vermittelten, war. Besonders die Tatsache, dass der Vater, offenbar streng, fördernd und fordernd, aber von großartigem Erzählvermögen sowie offen und neugierig, ein gastfreundliches Haus führte, prägte das Leben der Familie Rau. »Ich habe meinen Vater immer als einen Mann der



Abb. 1: Familie Rau, v. l. n. r.: Leni, Johannes, Helene mit Hartmut, Christel, Traugott und Ewald Rau.



Abb. 2: Johannes Rau 1933.



Abb. 3: Ewald Rau mit Bibel.



Abb. 4: Prediger Ewald Rau.

Ökumene verstanden, der fest in seiner Landeskirche verankert war.« (Brief an Bernhard Schaepe, 19.6.1995, JRA.) Als ein »Prediger unterwegs« brachte er nicht nur Freunde und Kollegen mit nach Hause, sondern auch seine »Klienten«, also Alkoholiker und Obdachlose, die gepflegt und manchmal auch beherbergt wurden.

Neben dieser Offenheit war es die Überzeugung, dass Glaube und »Gelächter« einander nicht ausschließen dürfen, die die Atmosphäre des Elternhauses bestimmte. Johannes Rau wollte nie auf den bibelfest-humorigen »Bruder Johannes« reduziert werden – wenn auch seine Fähigkeiten, Witze und Anekdoten zu erzählen, legendär waren –, aber sein ausgeprägter Humor half ihm über manche Klippe hinweg und wurde von ihm auch in komplizierten politischen Lagen verteidigt. So notierte er einigermaßen amüsiert, dass, als der Präsident des Bundes der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden im Jahr 1995 mit Blick auf das Ergebnis der jüngsten Landtagswahlen, das die SPD vor die Notwendigkeit stellte, über eine Koalition mit den Grünen nachzudenken, aus dem Lied »Lasst die Herzen immer fröhlich« die Zeile »Aber die Gerechten grünen und ihr Gang ist immer Licht« zitierte, »fröhliches, um nicht zu sagen schallendes Gelächter« ertete. »Fröhlichkeit, Ironie und Selbstironie« waren aber nicht nur Charaktereigenschaften Johannes Raus, sondern gehörten für ihn – in der Tradition seiner Eltern – »durchaus zum Christsein« (Brief an Marianne Augustin, 1995, JRA). Das bedeutete für Johannes Rau auch, immer wieder Distanz zu sich selbst und zu seiner Sicht der Dinge einzunehmen und damit anderen und ihren Überzeugungen Raum zu geben. Sie waren die Grundlage für seine Skepsis gegenüber selbstüberzeugtem Pathos und mit absolutem Wahrheitsanspruch auftretenden Ideologien, für eine heitere Weltzugewandtheit und für seine Bemühungen um die Überwindung von Gegensätzen, also für ein Verständnis von Politik, das die Realität nüchtern sieht, aber an die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Veränderung glaubt.

In seinem Elternhaus erlebte Johannes Rau Religion und Kirche in Form von persönlicher Frömmigkeit und religiöser Praxis. Die kirchenpolitische Dimension und ein Bewusstsein für die Bedeutung von Politik erschlossen ihm Menschen seines Umfelds. Zentral war hier der Aktivist der Bekennenden Kirche, der Pfarrer und Freund der Familie Rau Karl Immanuel Immer. In dessen Gemarker Pfarrhaus ging Johannes Rau wie selbstverständlich ein und aus, nahm über Jahre hinweg an den Treffen des Schülerbibelkreises teil und bekam auf diese Weise Einblicke in den Kirchenkampf, in das Leben der Bekennenden Kirche und ihre Versuche, staatliche Übergriffe in den kirchlichen Raum abzuwehren. Die Persönlichkeit und das Handeln Karl Immers, der schon 1934, auf der ersten Synode der Bekennenden Kirche in Barmen-Gemarke, zu einer bestimmenden Figur im Kirchenkampf geworden war, übten einen so tiefen Einfluss auf den jungen Johannes Rau aus, dass er ihn als seinen »zweiten Vater«

bezeichnete. Wie stark die gelassene Unbeugsamkeit des Pfarrers, der wegen seines Einsatzes für die Bekenkende Kirche drangsaliert und 1937 für einige Zeit inhaftiert wurde, ihn beeindruckt hat, zeigt auch die eindringliche Charakterisierung:

»[...] Karl Immer war glaubwürdig. Vollmacht lag nicht nur im bloßen rhetorischen Talent, sondern in der Übereinstimmung von Reden und Tun, in der unpathetischen Bereitschaft, einzustehen dafür, dass befreiender Glaube nicht entlässt in die Beliebigkeit des Tagesgeschehens, sondern ermutigt zum klaren und klärenden, also auch zum Geister scheidenden Wort. Das Wort war kraftvoll, aber es konnte leise sein. Tapfer war er immer. [...]«

Karl Immer 1888–1944, in: Geschichte in Porträts, Holzgerlingen 5. Aufl. 2006, S. 71.

Kindheit und Jugend Johannes Raus waren aber nicht nur von Elternhaus und Freunden geprägt, sondern auch von der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Zweiten Weltkrieg. Zwar wurde Johannes Rau, der bei Kriegsbeginn acht und bei Kriegsende 14 Jahre alt war, nicht eingezogen. Aber er erfuhr von den Nöten und Problemen in der Bekennden Kirche und erlebte den Krieg, besonders durch die großen alliierten Luftangriffe. Deren unmittelbare Folge war, dass bei Johannes Rau, wie bei vielen seiner Altersgenossen, von einer geordneten Schullaufbahn keine Rede sein konnte. 1943 wurde das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium in Wuppertal-Elberfeld, das er besuchte, durch Bombenangriffe zerstört, die Familie wurde nach Thüringen und Sachsen evakuiert. Obwohl er neugierig, interessiert und (nicht zuletzt dank des väterlichen Bücherschranks) immens belesen war, wechselte Rau mehrmals die Gymnasien – und entwickelte wohl insgesamt kein völlig konfliktfreies Verhältnis zum institutionellen Lernen. Jedenfalls bekannte er einmal gegenüber dem Kultusminister Jürgen Girgensohn, dass ihn »Hausaufgaben immer schon geärgert« hätten, was »manche Lehrer« »leider [...] gemerkt« hätten (Brief an Jürgen Girgensohn, 1974, JRA). Im Oktober 1948 verließ er schließlich das Neusprachliche Gymnasium an der Siegesstraße – heute das »Städtische Ganztagsgymnasium Johannes Rau« – ohne einen Abschluss. Rau erzählte später, sein Vater sei der Meinung gewesen, wenn er schon so wenig Interesse an der Schule habe, könne er die Zeit besser nutzen (Der Spiegel, Heft 22, 2002).

Dieser vorzeitige Schulabbruch bedeutete für Johannes Rau zwar eine deutliche Zäsur. Aber er war durch Elternhaus und Freunde offenbar mit einem soliden »inneren Geländer« ausgestattet worden, das ihn nicht nur seinen beruflichen und politischen Lebensweg gehen ließ, sondern diesen auch bestimmte: Ob als Verlagsbuchhändler, Journalist oder Politiker, immer wollte Johannes Rau in den Dialog mit anderen Menschen treten und Gegensätze überwinden.



Abb. 5: Erster Schultag, 1937.



Abb. 6: Johannes Rau.

Oberschule Siegesstrasse

Name und Vorname: *Rau Johannes*
Geburtsort: *Wuppertal - Be* am *16. 1.* 1934. Bek.: *ev.* Staatsangeh.: *...*
Wohnort: *Wuppertal* Kreis: *Wuppertal* Wohnung: *Rieschauer Str. 14*
Vater: *Ernst* Beruf: *Kommunikant* Wohnung: *...*
Früher besuchte Schule: *L. Brüning-Schule, Lohrste Gymnasium*
Trat ein: *8. 1.* 1947 ging ab: *30. 9.* 1948, von *O. Th. B.* um *...*
In Klasse: *IV B.* *ersten Beruf am 1. September*
Freistelle in: VI ☐ V ☐ IV ☐ III ☐ II ☐ I ☐
OII ☐ UI ☐ OI ☐ IVI ☐ UIII ☐ OIII ☐
Remerkungen: *...*

Abgangszeugnis
(Noten in Ziffern)

Allgemeine Beurteilung: *Leistung: gut* *Verhalten: gut*
Befriedigung am Unterricht: gut

1. Religion: <i>gut</i>	10. Mathematik: <i>genügend</i>
2. Deutsch: <i>gut</i>	11. Physik: <i>gut</i>
3. Geschichte: <i>genügend</i>	12. Chemie: <i>genügend</i>
4. Kunstgeschichte: <i>...</i>	13. Biologie: <i>gut</i>
5. Philosophie: <i>...</i>	14. Musik: <i>gut</i>
6. Erdkunde: <i>genügend</i>	15. Zeichnen: <i>genügend</i>
7. Latein: <i>genügend</i>	16. Leibesübungen: <i>...</i>
8. Englisch: <i>genügend</i>	17. Schreiben: <i>...</i>
9. Französisch: <i>genügend</i>	18. Handschrift: <i>gut</i>

Direktor: *J. V. Dr. Kuhn* Klassenleiter: *Grün*

Abb. 7: Abgangszeugnis, 1948.

Die prägende Erfahrung seiner Kindheit, dass Menschen sich mit Hilfe Gottes im Gespräch versöhnen können, setzte er in seinem gesamten beruflichen und politischen Leben um.

Fast unmittelbar nach dem Verlassen der Schule, am 1. Januar 1949, begann Johannes Rau eine Lehre als Verlagsbuchhändler bei dem Emil Müller Verlag in Wuppertal, der bevorzugt evangelische Literatur, Kunstbücher, aber auch die Veröffentlichungen der Schülerbibelkreise verlegte.

Er beendete die Lehre 1951 erfolgreich und war, als er im Mai 1952 die Buchhändlerschule in Köln-Rodenkirchen abschloss, schon aktiv als Verlagsbuchhändler tätig.

Wie ernst Johannes Rau seinen erlernten Beruf genommen hat und wie gerne er sich auch an die Details erinnerte – die Tätigkeit war vielfältig, er stellte das Verlagsprogramm in evangelischen Buchhandlungen vor, verfasste Werbetexte und lektorierte Manuskripte – zeigt auch eine Rede, die Johannes Rau 2004 auf dem Kongress der Internationalen Verleger Union hielt:

»[...] Ich bin also zu Ihnen gekommen aus einer alten Verbundenheit heraus – vielleicht aus einer Komplizenschaft? Immerhin habe ich zwei Jahrzehnte als Verleger gearbeitet. Ich weiß also, was es bedeutet, Bücher zu verlegen. Ich weiß, was es bedeutet, Autoren zu gewinnen und zu pflegen, eine Auflage zu kalkulieren, Verträge abzuschließen, Märkte zu beobachten, ein Programm zu entwickeln, eine schlüssige Werbung zu entwerfen. Ich weiß auch, wie Papier sich anfühlt, wie Druckerschwärze riecht – und ich kenne das jedes Mal neue Glück, den Einband zu spüren, wenn man ein druckfrisches Buch in den Händen halten kann.

Wenn ich also sage, dass Sie alle einen wunderbaren Beruf haben, dass Sie einem nicht nur nützlichen, hoffentlich ertragreichen, sondern auch beneidenswerten Geschäft nachgehen, dann kommt das aus eigener Erfahrung und aus ganzem Herzen. Das ist ehrlich, das ist fast ein bisschen wehmütig gemeint, denn ganz habe ich meine alte Profession nie vergessen. [...] «

Auszug aus der Rede auf dem Kongress der Internationalen Verleger Union in Berlin, 21.6.2004, S. 3.

In den folgenden Jahren arbeitete Johannes Rau für unterschiedliche, meist christliche Verlage, darunter das Evangelische Verlagswerk Stuttgart und den Zwingliverlag Zürich. Parallel dazu entwickelte er eine rege publizistische und journalistische Tätigkeit.

Seit 1949 war er freier Mitarbeiter bei der lokalen Feuilleton-Redaktion der »Westdeutschen Rundschau« in Wuppertal. Und bereits seit 1947 schrieb er Kolumnen für die »Jungenwacht – Ein Blatt evangelischer Jugend«. Die monatlich erscheinende Zeitschrift war 1934 von dem Kirchenjuristen und Unterstützer der Bekennenden Kirche Hermann Ehlers begründet worden. Sie sollte helfen, den Zu-



Abb. 8: Lehrling Johannes Rau, 1949.

Johannes Rau, 19 Jahre, OF der
Mundtute, Verlag Suhr, Lütten.
2. Lehrjahr.

Das Buch als Tröster in unserer
Zeit.

Die Frage nach dem durch ein
Buch gespeicherten Trost scheint auf
den ersten Blick primitiv und
nicht beantwortbar zu sein. Ich
will jedoch die Tatsache, daß unsere
Zeit, daß der Mensch heute, um
Trost sehr lange geworden ist, zu-
gleich aber die, daß das Buch noch
heute (und vielleicht nicht mehr
lange) einin Nachtfaktor dar-
stellt, so wird die Frage nach dem
tröstenden Buch ernsthaft werden
müssen. Ich denke dabei nicht an
gedruckte und der Öffentlichkeit
zugewandte, „romantische“,
zugleich nicht an fassadenhafte
Trostreden im literarischen Stil

jüngster Vergangenheit, sondern
an Kräfte, die um Trost wir wissen
können, weil sie um die Bedauern-
nis wissen, in die Götter und der Seh-
wende miteinander gestellt sind.
Ein solcher Tröster scheint mir
im Gegensatz zu dem ~~ewigen~~ -
~~ten~~ Tröster loewer Bergengrün
zu sein, in dessen „Himmelsther
Rechenkunst“, wie in vielen ande-
ren Gedichten und am Schluß
eines „Grosstypus“. Trost-
worte glaubhaft und phrasenlos
gesagt werden, die - nach mei-
ner Erfahrung - nicht allein kann.
Ich selbst habe erlebt, daß eine
gelegentliche Einsichtnahme in
[top. „Trostbücher“ nicht abtief, wöl-
rend ich immer dankbarer würde
für Worte „getroster Verzweiflung“,
wie sie die „Lyriker“ nebenher
kommen, wie sie bei Goethe und
-Claudius zu finden sind und

wie sie waren: Bakhus Riller,
Lindhaber, Bergengrün, Schroeder,
Kaiserslautern und Goes, verbannt V. Hesse
in ihren Werken, schenken. Letzen-
habe ich ein Buch lesen dürfen, das
ungesprochen soviel Trost
„erschleudert“ wie Goes' „Lurige
Nacht“. Weil das Wort die Welt
bewegen kann und das Bei-
des Trübs die Welt ändert,
sollten wir dankbare Verant-
wortung für klare Bücher des Trostes
werden, die dem andern das
Wort Bergengrüns sagen:
„Geh. Du bist geführt.“
Umso mehr aber gilt es, jedem
wortgeklingel und -getrie zu we-
ren, weil es um den Menschen geht.

Voll Infindung

Abb. 9: Aufsatz »Das Buch als Tröster ...«, 1950.

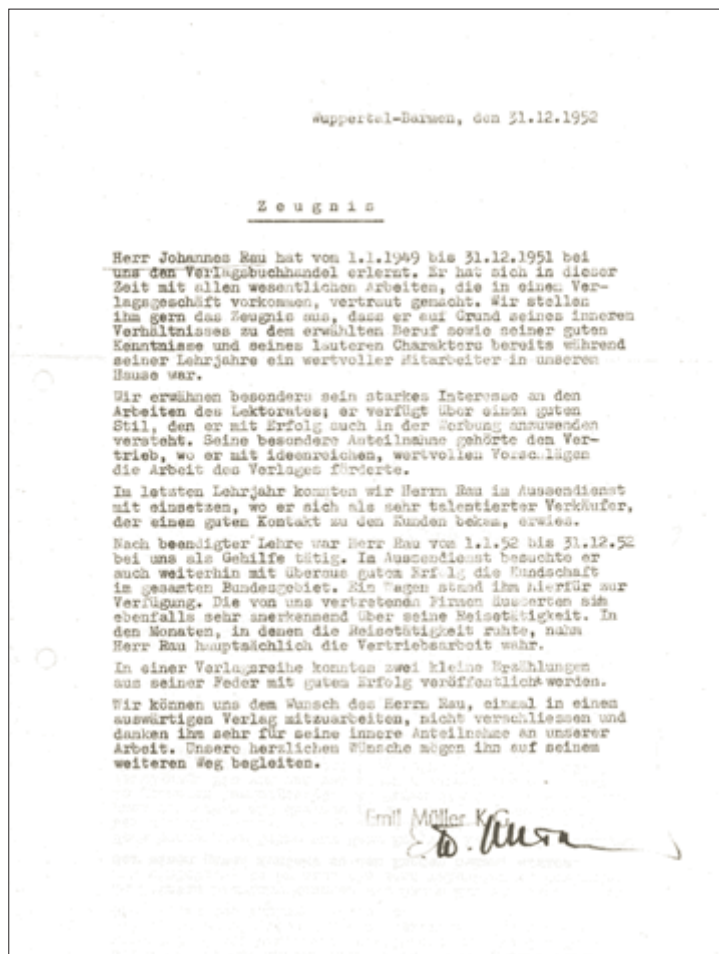


Abb. 10: Ausbildungszeugnis, 31.12.1952.



Abb. 11: Elternhaus in der Riescheider Straße.

sammenhalt der ehemaligen Mitglieder evangelischer Jugendverbände zu bewahren, die sich angesichts der bevorstehenden zwangsweisen Eingliederung in die Hitlerjugend selbst aufgelöst hatten. Die Zeitschrift hatte 1938 ihr Erscheinen einstellen müssen, wurde aber 1947 von Hermann Ehlers wiederbegründet und von diesem seit 1951 über den Jugenddienst-Verlag e.V. in Oldenburg verlegt.

1950 lernte Johannes Rau den Mitbegründer der Christlich Demokratischen Union und amtierenden Bundestagspräsidenten persönlich kennen. Auch wenn er längst nicht alle Überzeugungen des CDU-Politikers teilte, wurde Hermann Ehlers bis zu dessen überraschenden und frühen Tod im Oktober 1954 ein wichtiger Gesprächspartner und Vorbild für den jungen Wuppertaler. Von zentraler (und ganz »praktischer«) Bedeutung für Johannes Rau war Hermann Ehlers aber auch, weil er ihn als Geschäftsführer des Jugenddienst-Verlags engagierte.

Von 1954 bis zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion im Jahr 1967 sollte Johannes Rau dem Verlag (der 1966 in den Peter-Hammer-Verlag überführt wurde) treu bleiben. Allerdings konnte er nicht, wie ursprünglich vereinbart, nach Oldenburg, an den Sitz des Verlags und Wohnort von Ehlers umsiedeln.

Am 15. Dezember 1953 starb Ewald Rau bei einem Verkehrsunfall und Johannes Rau wollte bei seiner Familie in Wuppertal bleiben. Daher zog nicht er nach Oldenburg, sondern der Verlag zog nach Wuppertal, genauer in das Elternhaus von Rau, in die Riescheider Straße 14.

Von dort aus baute Johannes Rau in den 1950er Jahren die Versandbuchhandlung mit auf, plante die Hefte der »Jungenwacht«, kümmerte sich um die Finanzen und verfasste zahlreiche Beiträge. Artikel und Glossen, die er für das Feuilleton über kulturpolitische, ja, »leichte« Themen schrieb, belegten seine Beobachtungsgabe:

»Der Geist der Wandelhalle, des Foyers, ist unabhängig vom Geist des Autors, des Regisseurs, des Akteurs, unabhängig sogar vom Geist der Wandelnden.

Vielmehr sind wichtig: Stöckelschuhe, vornehmer Gruß durch stummes, lächelndes Nicken, saubere Bügelfalten im besten Anzug (geeignet für Tanzstunden, Konfirmationen, Beerdigungen und Theater) und, so man raucht, Orienttabake. Lieber leichter – das ist das Motto des Foyers, Virginiazigaretten würden den Snob entlarven.

In diesem Foyer – dezent-auffällig gibt es in der Nähe Wiener oder Frankfurter Würstchen, je nach Konfession, Bier und Cola-Imitationen, je nach Alter – wandelt man also. Es wandeln junge und alte Menschen, wandelgewandte und ganz normale, solche in großer Robe und solche in kleiner. Orden sieht man kaum, aber wir sind noch ein junger Staat.

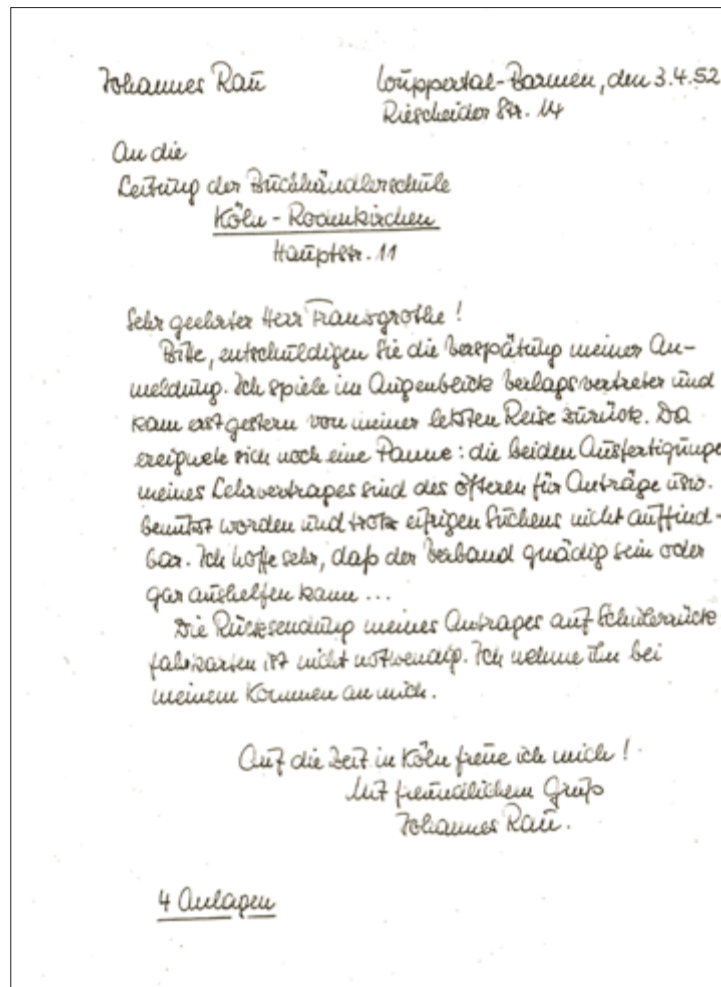


Abb. 12: Brief an die Buchhändlerschule: »Ich spiele im Moment Verlagsvertreter ...«, 3.4.1952.

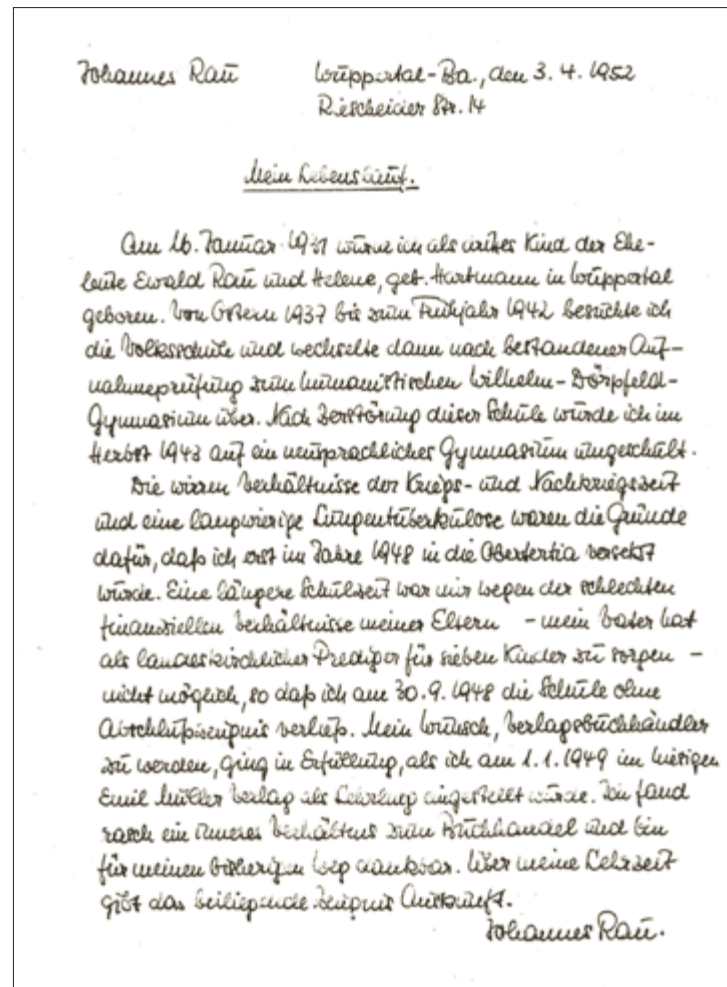


Abb. 13: Lebenslauf, 1952.



Abb. 14: Reisepass, 1953.



Abb. 15: Johannes Rau.



Abb. 16: V.l.n.r., hinten: Traugott, Ewald, Christel, Hartmut; vorn: Helene, Leni, Johannes Rau.

Das Foyer ist geeignet zur Auffrischung kommunaler Personalkenntnisse. Man sieht, daß der Oberbürgermeister a. D. (er ist nicht abgesetzt, er ist jetzt: Minister a. D.) schon in der Pause die Garderobe abholt, man hört, daß seine Frau Friedchen heißt, man entdeckt, daß Ellen und Inge noch richtige Gänse sind, man vermutet, daß das blonde Geschöpf mit dem Werner würdig wandelt, die Dame seiner Tanzstunde und, wer begreift's, wohl auch die Dame seines Herzens ist.

Leider kann man gar nicht genug sehen und hören, denn das stilvolle Foyer ›heischt nach‹ stilvoller Konversation. Nicht Gespräch, nicht Unterhaltung – sondern eben Konversation. Diese ist, pauschal ausgedrückt, eine der edelsten Gaben an die Menschheit, seit die Griechen oder wer immer begannen, ihre Probleme und Weltanschauungen auf Hölzern, auf die Welt bedeutenden (so spricht man wandelnd!) Brettern darzustellen.

Das Esperanto. das Kirchenlatein des Foyers ist die Interjektion, ist ›Ach!‹ (bis sechzehn ›Och!‹), ›Oh‹, ›So‹, ›Nicht doch‹ und was derlei Erleuchtungen sind. Zwischendurch entstehen ganze Sätze, bei Sartre vorwiegend über Schulzeugnisse und Lehrer (non vitae, sed magistro discimus), bei Hauptmann über die Forderungen der Gewerkschaft, bei Mozart und Bartok über den Sinn des Seins und das Leben als Spiel.

Hier kann man endlich reden, wie den Dichtern und Philosophen der Schnabel gewachsen ist. Hier kann man schreiten, tippeln, sich weiterschleppen, seine Haltung wirken lassen und Figuren sehen. Das Parkett hat Tragfähigkeit für jede Weltanschauung.

Bis es klingelt, bis wieder die Spannung der Szenerie kommt, die mitreißende Sprache des Komödianten und das weise Wort Nathans. Dann sind, kaum hat die Zigarette (Orient!) ihr altruistisches Leben ausgehaucht, die Foyer-Minuten vorbei. Snobs und Kunstbeflissene und Gelangweilte strömen ins Parkett. Die nutzlosesten, gründlich unbedeutenden Minuten sind hin.

Im Foyer sind Wort und Gebärde und Kleider Klischees. Das Foyer ist Blödsinn – aber es ist wunderschön!«

»Doch genieße auch die Pausen – sie sind schön!«, in: »Jungenwacht«, Mai 1956.

Seine eigentliche Motivation (und das Konzept der »Jungenwacht«) reichten aber wesentlich tiefer. Ihm ging es um literarisches Niveau und darum, die politische Bedeutung der christlichen Verkündigung auszuloten und so dem Bedürfnis der jungen Generation, der damals sogenannten höheren Schüler und Studenten, nach Orientierung nachzukommen:

»Ihnen ging es um die Frage von Glauben und Denken, aber es ging natürlich, und das geschieht wohl überall da, wo Glauben und Denken miteinander zu tun haben, um Glauben, Denken und Leben. Das ge-

schah und hatte zu geschehen in einer Zeit, in der es mancherlei Verwirrungen gab, politische und geistige, auch Verwirrungen, die mit der Zeit des Nationalsozialismus zusammenhingen. Und so war das Thema nicht nur des christlichen Selbstgesprächs, sondern auch des christlich-jüdischen Dialogs, eine wichtige Frage. Es galt Grenzen zu öffnen, es galt Literatur bekannt zu machen, die vielen jungen Menschen damals unbekannt war oder die sich ihnen nur schwer erschloß. Dabei ging es nicht nur um Theologie, nicht nur um Philosophie, nicht nur um ihre Grenzbereiche. Es ging auch um Dichtungserfahrung aus der Hand der Wahrheit, es ging um Rilke und Gottfried Benn, um Thomas Mann, Max Frisch und um Reinhold Schneider. Es galt, Dostojewski und Gogol, Leskow und Tolstoi bekanntzumachen und dazwischen die störenden Töne Berdjajews, der ja von der Literatur weg nach dem Leben und dem Handeln fragte. Und es galt, Bilder und Gedichte aus Theresienstadt bekanntzumachen. [...] Ich habe diese Arbeit gerne getan, und sie war ein Stück Antrieb für das, was ich politisch zu verantworten hatte [...].« Dankrede, in: Philosophische Fakultät der Universität Düsseldorf – Ansprachen zur Verleihung der Würde eines Ehrendoktors an Herrn Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. 6.12.1985.



Abb. 17: Mit den Verlegern Kurt Wolff und Werner Braselmann, 1960, ebenfalls ehemalige Lehrlinge des Emil-Müller-Verlags.



Abb. 18: Zu Besuch in den Schulen des deutschen Buchhandels in Frankfurt/Main, 22.4.2003.

Meine Eltern

Beim letzten Weihnachtsfest sah der Großvater noch unter uns und erzählte. Er war Revierführer der Schutzpolizei gewesen und hatte viel erfahren. Nun ist er gestorben. Er wird nicht mehr dabei sein. Aber Thomas ist da, der Sohn meines Bruders. Er sah zum ersten Male den Christbaum, und sein lustiges Geschrei störte manches Weihnachtslied. Er liebt das Singen noch nicht und hat wohl auch etwas gegen die Lieder, die meine Eltern noch aus ihrer Jugend kennen und die ich meinen Kindern einmal vorsingen werde.

Ich bin das dritte von fünf Kindern, nach dem deutschen Zusammenbruch haben wir noch einen Jungen aus Ostpreußen aufgenommen. In unserer Familie ist immer etwas los. Gäste, Feste, Sorgen... Interessiert euch mein Vater? Er ist 55 Jahre alt geworden und ist wie alle Väter. Wir lieben ihn und machen das „Generationsproblem“ unter uns aus. Noch arbeitet er für uns, für die Jüngeren. Dann werden wir, so Gott will, für ihn arbeiten. Und für die Mutter.

Das Haar meiner Mutter ist grau geworden, weil ihr Leben nur Arbeit kannte jeden Tag. Aber sie ist unsere Mutter und arbeitet gern. Ihr Leben vollzieht sich in den Bahnen eines großen Stadthaushaltes mit vielen Verwandten und Freunden. Meine Eltern haben ihre Ehe ganz unmodern begonnen. Sie haben nicht nur nach ihrer Liebe, sondern auch nach dem Willen Gottes gefragt, weil er der Vater über alle Familien ist. Dieser Wille Gottes ist noch heute für meine Eltern die Richtschnur des Lebens.

Und doch sind wir fünf keine Musterkinder geworden. Jawohl, meine älteste Schwester ist von der Gemeindegewerkschaft zur Pfarrfrau „avanciert“, mein Bruder hat für seine Frau und für Thomas Leben und Glück. Die beiden Jüngeren werden bald die Ausbildung geschafft haben. Aber mit der Schule zum Beispiel hat es immer geklappt. Ich interessierte mich mehr fürs Lyzeum als fürs Gymnasium. Die Lehrer ärgerten sich und machten zu den Noten unguise Bemerkungen.

Wenn die Eltern uns fünf — nein, uns sechs — jetzt beisammen haben, sind die Augen hell von Dankbarkeit, und das mag uns beschämen. Wir haben oft nicht so gelebt, wie das Vorbild der Eltern es vielleicht bewirkt haben möchte. Und wenn das Vorbild der Eltern

versagte (wie wir meinten), dann haben wir auch versagt.

Unsere Wohnung hält nicht wider vom „Immer fröhlich, alle Tage Sonnenschein...“ Aber in unserer Wohnung sind die Eltern, und ihr Leben wird nicht autonom bestimmt. Es kann schon geschehen, daß mein Vater wegen der Rechnungen des Lebensmittelkaufmanns, wegen der Telefonrechnung und auch wegen der Mieterhöhung nervös wird. Es kann geschehen, daß meine Schwester über Mangel an Verständnis klagt und daß mein Bruder mehr Taschengeld fordert, weil er „schließlich auch etwas vom Leben haben“ will. Wir sind eine normale Familie. Ganz normal, die Sorgen sind ein wenig größer als normal...

Aber wir haben im Wohnzimmer einen Spruch hängen (neben vielen Bildern). „Du stellst meine Füße auf weiten Raum.“ Wir haben die Andacht und das Gebet. Es kann geschehen, daß wir Brüder mit dem Vater beten.

Wenn ich einmal Familie habe, wird manches anders sein. Ich werde kein Harmonium haben wollen (Pfalterpumpe sagen wir manchmal), und ich werde mit meiner Frau ab und an ins Kino gehen. Ich werde wahrscheinlich eine moderne Methode der Kindererziehung einführen, WK-Möbel sollen die Wohnung zieren. Aber ich werde jenes Wort nicht aus meinem Vokabular streichen, das meine Eltern manchmal brauchen: „So Gott will.“

Meine Kinder werden keine Musterkinder werden, hoffe ich. Und sie werden einmal mehr Verständnis fordern und mehr Taschengeld. Dann werde ich vielleicht von jenen Seiten reden, in denen alles ganz anders und viel normaler war. Dann werde ich sagen: „Eure Eltern früher...“

Aber ich werde Gott bitten, daß er auch in meiner Familie bei mir und ihr ist. Daß er auch der Vater meines Hausstandes sein möge und meine Sünde gegen meine Eltern nun nicht heimsuche bis ins dritte und vierte Glied. Um Christi willen, den meine Eltern mir gezeigt haben, zu dem meine Eltern mich führten und dem meine Eltern mich anvertrauen, wenn sie die Augen schließen und wenn ich — dann erst — erkenne, was Familie ist. Wieviel mir Gott mit meinen Eltern schenkte!

Johannes Rau

Abb. 19: Aus: »Jungenwacht«, Dezember 1953.

»Wir in Nordrhein-Westfalen« – Ministerpräsident und »erster Bürger« im Land

Am 20. September 1978 wurde Johannes Rau zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt. Er folgte damit auf Heinz Kühn, der die Geschicke des Landes fast zwölf Jahre lang gelenkt und sich zwei Jahre vor der Landtagswahl im Jahr 1980 entschlossen hatte, den Generationswechsel zu vollziehen. Seinerseits sollte Johannes Rau Nordrhein-Westfalen fast 20 Jahre lang regieren und in vielerlei Hinsicht prägen. Ihm und seiner Partei gelang es, aus einer bereits gut aufgestellten SPD die Landespartei zu machen, sie zur NRW-SPD weiterzuentwickeln. Vier gewonnene Landtagswahlen in Folge, davon drei mit absoluter Mehrheit, sind Ausdruck dieses Prozesses – Nordrhein-Westfalen wurde für lange Jahre zu einem »Stammland« der Sozialdemokratie.

Der entgegen manchen Befürchtungen problemlos erfolgten Wahl zum Ministerpräsidenten – Johannes Rau erhielt alle Stimmen aus SPD und FDP – war wieder einmal eine Kampfkandidatur vorausgegangen: Drei Tage zuvor, am 17. September 1978, hatte sich Johannes Rau auf dem Sonderparteitag der SPD in der Duisburger Mercatorhalle gegen den amtierenden Finanzminister Diether Posser durchgesetzt, den er bereits aus der gemeinsamen Zeit in der GVP kannte. Der scheidende Regierungschef Kühn hatte – auch dieses Mal – nicht den Landesvorsitzenden und Wissenschaftsminister favorisiert, aber beiden Bewerbern attestiert, »exzellente Kandidaten« zu sein. Diese Einschätzung hatte der Parteitag in seinem Votum bestätigt: Von den 318 Delegierten hatten 161 Johannes Rau unterstützt und ihm damit eine knappe Mehrheit gesichert.

Dass sich Johannes Rau für die Nachfolge von Heinz Kühn bewarb, konnte im Frühherbst 1978 kaum überraschen. Als Wissenschaftsminister und Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD war er ein bekannter und beliebter Politiker, der seine Fähigkeiten unter Beweis gestellt und sich weithin Respekt erworben hatte. Erst im Juni 1978 hatte er sich in der »Neuen Gesellschaft« mit einem nachdenklichen Beitrag zu Wort gemeldet: Er unterzog darin die Probleme und Notwendigkeiten, vor der die Politik stand, einer grundsätzlichen Analyse und erklärte – indirekt – seine Bereitschaft, die führende Position im Land zu übernehmen:



Abb. 81: Johannes Rau bei der Stimmabgabe zur Wahl des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, 20.10.1978.



Abb. 82: Rau und der scheidende Ministerpräsident Kühn warten auf die Bekanntgabe des Ergebnisses, 20.10.1978.



Abb. 83: Heinz Kühn gratuliert Rau zur Wahl, 20.10.1978.



Abb. 84: Gruß zur Zuschauertribüne, 20.10.1978.

»Ärger über Arroganz und Arbeitsweise der Administration erregt bei vielen Bürgern, aber auch bei Politikern, zunehmend Unzufriedenheit. Die Undurchsichtigkeit und die Langwierigkeit zahlreicher Entscheidungsprozesse werden immer noch einem obrigkeitshörigen Gebaren der Verwaltungsbehörden zugeschrieben. ›Staat und Bürokratie‹ scheinen in unserer Gesellschaft ein Synonym zu sein. In hochentwickelten Industriegesellschaften – nicht nur in der Bundesrepublik – werden sie zunehmend zu einem Klischee für die Sorgen der Bürger vor anonymen Mechanismen der Verwaltung.

Als Beweis für den Hindernislauf durch die Instanzen der Bürokratie wird häufig ein lebensnahes und alltägliches Beispiel herangezogen: Bevor eine einzige Baugenehmigung erteilt wird, sind 234 ›Prüfungsvorgänge‹ nötig. Diese Zahl löst Schrecken oder auch Empörung aus, und gewiß ist bei vielen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen – nicht nur im Baurecht – Treibsand in den Paragraphen. Aber gerade bei diesem Beispiel sollte man auch sehen, welche Überlegungen und Überprüfungen nötig sind, die nicht nur den einzelnen, sondern die Gesellschaft insgesamt betreffen. Die Verwaltung muß Fragen einer vernünftigen städtebaulichen Entwicklung berücksichtigen: Kein Bürger befürwortet ein weiteres Zersiedeln unserer Landschaft und niemand noch mehr Betonöde in den Zentren unserer Großstädte. Bei jedem Bauantrag geht es um die sicher wichtigen Belange des Landschaftsschutzes und um das Interesse der Bürger, Erholungsgebiete zu erhalten. Umweltschutz, Lärmbelästigung, Auflagen des Denkmalschutzes, Rechte der Nachbarn, Infrastrukturmaßnahmen für Wohngebiete, angefangen von der Planung von Schulen, Kindergärten, Einkaufs- und Dienstleistungszentren über die Festlegung der zukünftigen Verkehrsführung bis hin zur Schaffung von Erschließungs- und Entsorgungsmöglichkeiten für Wasser, Gas und Strom, müssen bei vielen Einzelentscheidungen ebenfalls bedacht werden.

So aufgelistet, werden vielleicht viele, die andernorts häufig die ›Bürokratie‹ kritisieren, eher dafür Verständnis haben, daß diese Erwägungen nötig sind. Denn hinter den Verwaltungsabläufen, die an diesem Beispiel durchschaubarer und verständlicher werden, kann sich der oft zitierte ›Otto Normalverbraucher‹ wenig vorstellen. Und genau in diesem Punkt liegen erhebliche Versäumnisse der Politiker wie der Bürokraten. Wir müssen den Menschen stärker als bisher den Sinn dessen deutlich machen, was wir tun. Sie müssen erkennen können, wozu etwas geschieht, und daß das mehr ist als ein Mehr an Gütern und an Dienstleistungen oder ein willkürliches Mehr an ›Bürokratie‹. Ich sehe dafür Chancen. Die Dringlichkeit, hier etwas zu ändern, die heute von vielen erkannt wird, ist eine belebende Herausforderung und auch eine Chance für die politischen Parteien. [...]

Ich halte es für falsch, Parteiverdrossenheit mit Staatsverdrossenheit gleichzusetzen. Das widerspräche unserem Verständnis von der Rolle der Partei im modernen Staat. Es wäre politisch und his-

torisch falsch, wenn aktuelle Orientierungsschwierigkeiten nicht nur einzelner, sondern auch der Parteien, aktuelle politische Fehler, aktuelle politische Schwächen – hier wie dort, bei welcher Partei auch immer – zur ›Legitimationskrise‹ des Staates oder der Gesellschaft hochstilisiert würden. [...]

Wir haben es hier zu tun mit einem Bündel von Symptomen, mit tieferliegenden Ursachen, mit einer – nicht nur in der Bundesrepublik – weitverbreiteten Unzufriedenheit mit unserem politischen System. Da hilft es nach meiner Überzeugung wenig weiter, nach hausgemachten Erklärungen zu suchen. Denn dieses Problem, das vielen gegenwärtig ist, ohne daß sie es genau artikulieren können, ist kein Problem allein der Bundesrepublik. Im Gegenteil: diese Erscheinung gibt es in fast allen westlichen Industrienationen, ja sie entläßt sich in anderen Ländern oft mit einer Heftigkeit, von der wir in unseren Breiten weit entfernt sind. Deshalb dürfen wir uns nicht einfach mit selbstgestrickten und schnellgestrickten Analysen begnügen.

Die Ölkrise des Jahres 1973 hat die Industriestaaten und noch mehr die Vierte Welt in große Schwierigkeiten gebracht. Aber ist das wirklich eine Zäsur? Oder ist das eine Etappe im Abbau des Kolonialismus, des Imperialismus, der Herrschaft der Industriestaaten über die weniger entwickelten Länder? Auch die heutige Weltwirtschaftskrise, die uns alle bedrückt, ist kein historischer Einschnitt. Sie ist eine Krise in einer langen Reihe sehr ähnlicher Krisen, die die Weltwirtschaftsordnung, zumal die kapitalistisch genannte, von jeher gekennzeichnet haben. Auch zu den früheren Krisen haben Arbeitslosigkeit und tiefgreifende Strukturveränderungen gehört. Es wird also niemals wieder so sein wie vorher. Aber das war immer so, und das gilt für jede Entwicklungsphase. Wenn das so ist, dann stellt sich die Frage: ›Was ist denn nun die Dimension des anderen, des Neuen, die die Politik ausmessen muß; die wir erahnen, ohne sie zu kennen, und die wir füllen müssen?‹ Warum denn ist ein Umdenken oder besser ein Besinnen in der Politik nötig?

Es gibt erkennbare Widersprüche unserer Zeit: Wir fühlen uns durch die Medien informiert über Krisen und Konflikte, über Zusammenhänge und über Zäsuren in den entferntesten Winkeln der Welt, in Asien, in Lateinamerika – und können doch die vom Computer erstellte Rechnung für unseren Wasserverbrauch nicht lesen, wissen mit unserer computergesteuerten Gehaltsabrechnung nichts anzufangen. Uns steht ein nie gekanntes Maß an Freizeit zur Verfügung – und doch wird die Klage über Hetze, Streß und Gesundheitsschädigungen durch zu viel Arbeit immer lauter. Durch ein Übermaß an Arbeitsteilung und an Arbeitszerlegung ist ein ungeahntes und ungekanntes Maß an Spezialisierung und Kompetenz am Arbeitsplatz erreicht worden – zugleich aber hat die Entfremdung von der Arbeit und vom Arbeitskollegen ein nie gekanntes Maß erreicht. Wir sind durch Telefon, durch Radio, durch Fernsehen

mit der ganzen Welt verbunden – und beklagen doch die Einsamkeit der Menschen in den Hochhäusern und die Öde unserer Innenstädte. Wir reisen um die ganze Welt – und kennen unseren Nachbarn nicht. Wir haben die Rechtswege für Bürger und Verbände geöffnet und geebnet, wir haben die Ausweglosigkeit administrativer Entscheidungen begrenzt – und doch scheint es manchmal, als entfernten wir uns auf dem Weg der Rechtmäßigkeit und der Rechtsmittel immer mehr von dem Ziel der Gerechtigkeit. Die Verrechtlichung der Politik, die wir in vielen Bereichen beobachten, droht aus dem Rechtsstaat einen Rechtsmittelstaat zu machen.

Da gibt es das Stichwort von der ›Funktionalität‹, Schlagwort eines ›unkritischen‹ Fortschrittsglaubens. Seit der bürgerlichen und der ersten industriellen Revolution haben alle sich entwickelnden Gesellschaften ihre Hoffnung auf Technik, Ökonomie und Wissenschaft gesetzt. Inzwischen klafft das, was wir wollen, und das, was wir erreichen, trotz des erreichten Fortschritts immer weiter auseinander. Die Zuversicht auf eine Automatik des ständigen ›Sich-Weiterentwickelns‹ ist längst verflogen oder sie beginnt doch zu verfliegen. Zugleich verflachte der Fortschrittsglaube für breite bürgerliche Schichten zu der Vorstellung, der materielle, quantitative Fortschritt sei nicht nur die Grundlage und Garantie, sondern selbst schon das Ganze des gesellschaftlichen Fortschritts, wie es die Grundwertekommission der SPD formuliert hat. Aber in dem Wissen, an die Grenzen der Erde gestoßen zu sein, auf die letzten Energiereserven, auf das Ende vieler Tierarten, auf das Ende der Belastbarkeit von Bächen und Bäumen, von Luft und Meer, ohne zu wissen wofür, dort liegt die Orientierungslosigkeit gesellschaftlichen Handelns.

Der Begriff des Fortschritts ist also ins Wanken geraten. Der Begriff der Reform scheint diskreditiert. Und doch ist Reform heute nötiger denn je. Die Flucht in die Nostalgie bringt keine Befreiung. Kulturpessimistischer Ekel ist nicht erlaubt – er führt zur Regression und zur Depression. Aber die Frage nach dem Sinn dessen, was wir tun in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, im Staat: Diese Frage ist nicht nur erlaubt, sondern sie wird immer notwendiger und aktueller.

Politische Parteien müssen und können – bei der Formulierung ›können‹ denke ich zuerst an Sozialdemokraten – Orientierungsmarken für das Mögliche und für das Notwendige setzen. Ich will versuchen, an wenigen Beispielen exemplarisch zu zeigen, wie das geschehen könnte. So sind die Begriffe der Funktionalität und der Effizienz gerade auch in Staat und Bürokratie in den vergangenen Jahrzehnten mit Ballast, auch mit ideologischem Ballast, beladen worden, der ihren ursprünglichen Sinn kaum noch erkennen läßt. ›Funktionalität‹, das hatten wir alle auf unseren Fahnen. Aber mit dem Begriff der ›Funktionalität‹ sind unsere Städte unwirtlich gemacht worden. Wir erkennen diese ›Funktionalität‹ ohne Funktion

in der Norm unserer Spielplätze, die darauf angelegt sind, genormte Geräte zu benutzen und nicht darauf, Geist und Glieder zu erproben.

Wir beobachten spätestens seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein stetiges und anscheinend unaufhaltsames Anwachsen der staatlichen Aufgaben. Ich kenne keinen wichtigen gesellschaftlichen oder individuellen Lebensbereich, in dem der Staat nicht inzwischen Zuständigkeiten hat, Rahmenbedingungen setzen kann, Regelungen trifft und Verantwortung übernimmt. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Technologiepolitik, Städtebau und Raumordnung – ich nenne nur einige Bereiche. Sie wurden mehr und mehr der privaten Verfügung und der individuellen Entscheidung entzogen und ganz oder teilweise staatlichen Institutionen überantwortet. Die Entwicklung des Staates zum Träger umfassender Daseinsvorsorge ist offenbar unaufhaltsam. Wer will und wer kann denn etwa die Entwicklung des Arbeitsmarktes, das Angebot neuer Arzneimittel, den Bau von Atomkraftwerken privater Entscheidung, privater Beliebigkeit überlassen? Es geht also nicht darum, die zwingende Notwendigkeit für Konzentration, Zentralisierung, für Effektivität, für die genannte Funktionalität zu bestreiten. [...]

Wachsende Einflußnahme des Staates mit dynamischer Expansion der Verwaltung: Diesem stürmischen Strukturwandel haben sich Institutionen und Instrumente staatlicher und politischer Willensbildung offenbar nur unzureichend anpassen können. In der Tat haben sich ja die wesentlichen parlamentarischen Mechanismen, die Organisation und die Struktur der Verwaltung oder die herkömmlichen Formen staatlichen Handelns – Gesetz, Verordnung, Verwaltungsakt – nicht entscheidend verändert.

Beim Bürger verdichtet sich daher das Gefühl, immer weniger Möglichkeiten der direkten oder der über Parteien und Parlamente mediatisierten Kontrolle zu haben. Aber selbst Politiker spüren hier ein zunehmendes Unbehagen. Die wachsende Verlagerung von gesellschaftlich wie individuell existentiellen Entscheidungen auf die Exekutive schmälert parlamentarische und politische Kontrolle. [...]

Politik wird so immer weniger durchschaubar, die Gründe für bestimmte Entscheidungen bleiben unsichtbar und deshalb oft unverständlich. Der gewiß heute leichtere Zugang zu Information und Informationsquellen hat dieses Defizit nicht ausgleichen können. Neigen doch Massenmedien häufig dazu, politische Prozesse zu personalisieren, ohne die ihnen zugrundeliegenden Konfliktsituationen oder Interessenlagen zu analysieren. Und dort, wo man bewußt mögliche Transparenz verhindern will, um sich nicht stören zu lassen, braucht man sich nur auf ›Sachzwänge‹ zu berufen, um sich lästiger Begründungspflicht oder Legitimation zu entziehen.

Mangelnde Transparenz hat uns auch die Konzentration und Zentralisierung staatlicher Macht eingebracht. Technisierung und Rationalisierung sprengen gewiß die Grenzen kleiner Einheiten und

erfordern lokal und regional übergreifende Planungs- und Entscheidungsinstrumente. Ich will hier deshalb kein nostalgisches Klagelied auf das verlorengegangene Rathaus oder auf das aufgelöste Amtsgericht beginnen. Aber ich frage mich doch, ob in manchen Fällen nicht ein einseitig oder falsch verstandener Effizienzbegriff die Entscheidung diktiert hat. Jedenfalls gilt es jetzt, diesen Prozeß zu stoppen und sich daran zu erinnern, daß Dezentralisierung und Selbstverwaltung genuine Ausprägungen demokratischer Tradition sind und auf ›mehr Bürgernähe‹ zielen.

In diesem Gegenüber von Grundwerten der Freiheit und Zwang des Staates, immer mehr Dinge zu ordnen, liegt der Grund dafür, daß wir bei der Demokratisierung des Staates nicht haltmachen können und dürfen, daß vielmehr die gesamte Gesellschaft demokratisch verfaßt werden muß. Deshalb brauchen wir mehr und deshalb brauchen wir konkretere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürger in den Gemeinden, in den Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Kirchen und in anderen gesellschaftlichen Institutionen.

Wir brauchen neue Freiräume in der Gemeinde, im Betrieb – und im Betrieb zu allererst. Deshalb geht es um neue Stichworte: Um das Stichwort Mitbestimmung und Selbstorganisation und, davon bin ich überzeugt, um das Stichwort Nachbarschaft, das in der Politik erst ganz allmählich wieder entdeckt wird. Mitbestimmung, Selbstorganisation und Nachbarschaftswille brauchen aber zum Beispiel neue Ansätze in der Stadtplanung und in der Architektur: Wir werden dann erkennen können, daß solche Freiräume für bürgernahe Entscheidungsstrukturen nicht nur demokratischer und freiheitlicher, sondern auch effektiver sind als die großen Organisationen und Instanzen.

Ich nenne noch ein zweites Beispiel: das Parlament. Der öffentliche Ärger über leere Plenarsäle, die wir im Fernsehen sehen, ist ebenso verständlich wie falsch begründet. Der leere Plenarsaal schadet nämlich der parlamentarischen Demokratie nicht etwa deshalb, weil die Abgeordneten faul wären, sondern weil sie arbeiten, bei ihrer Arbeit aber nicht immer die richtigen Schwerpunkte setzen. Unsere Parlamente sind mehr und mehr dazu übergegangen, Verwaltungsvorschläge zu durchleuchten, so nützlich und notwendig dies im Einzelfall auch sein mag, statt die Probleme der Bürger öffentlich und im Streit zu verhandeln. Parlamente vergessen an vielen Stellen, wofür sie gebildet und gewählt wurden: Grundlinien politischer Entscheidungen deutlich zu machen, also Alternativen aufzuzeigen, Streitpunkte zu bezeichnen, Konflikte auszutragen, um einen Konsens möglich zu machen. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß parlamentarische Demokratie mißverstanden wird, solange in einem Landtag zwar ein Wegereinigungs-gesetz viele Stunden Debatte in Ausschüssen und im Plenum einnimmt, der Standort für einen Schnellen Brüter aber überhaupt nicht im

Parlament verhandelt worden ist. Dies ist ein Beispiel von vielen.

Aufgabe des Politikers ist es, deutlich zu machen, daß er es als Repräsentant der Allgemeinheit ernst meint mit der politischen Kontrolle der Bürokratie. Er hat die Verwaltung in Dienst zu nehmen und nicht umgekehrt die Verwaltung ihn. [...]

Wenn wir uns darauf einigen können, daß die Forderungen nach der Qualität des Lebens das Verlangen der Menschen nach Maßstäben ausdrückt, die umfassender und menschlicher sind als rein quantitative Zuwächse, dann haben wir bereits die Richtschnur gefunden, nach der wir die vorgebliche Automatik der Entwicklung kontrollieren und korrigieren müssen. So gestellt, kann die Frage nach dem Sinn dessen, was wir tun in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, eine Antwort über einen glaubwürdigen Sinn des Fortschritts vorbereiten helfen. Für die notwendige Auseinandersetzung mit der Bürokratie und ihren Ausuferungen und Wucherungen heißt das, daß wir Staatsverdrossenheit und Angst vor den übermächtigen Apparaten der Verwaltung nicht durch die Abschaltung der Bürokratie, sondern durch ihre bessere Kontrolle bekämpfen müssen.«

Brauchen wir ein Umdenken in der Politik?, in: »Die Neue Gesellschaft«, Juni 1978.

Als Ministerpräsident sah sich Johannes Rau mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. An erster Stelle stand dabei die Krise im Kohlebergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, die bereits die Regierungen Kühns vor große Herausforderungen gestellt und eine Neuausrichtung der Landesplanung notwendig gemacht hatte. Spätestens seit dem »Entwicklungsprogramm Ruhr« aus dem Jahr 1968 oder dem »Nordrhein-Westfalen-Programm 1975« kam wirtschafts-, struktur- und sozialpolitischen Maßnahmen in der Landespolitik eine besondere Bedeutung zu.

Die Kohlekrise hatte ihren Höhepunkt 1978, beim Amtsantritt Raus, bereits überschritten. Die Wirtschaft – und in der Folge auch die Gesellschaft – in den Städten und Gemeinden war tiefgreifend erschüttert und die Folgen der Krise weithin sichtbar: Von 142 Zechen existierten noch 31 und die ehemals über 500 000 Arbeitsplätze im Bergbau waren auf 175 000 geschrumpft.

Zudem zeichnete sich seit dem Zusammenbruch des europäischen Stahlmarktes Mitte der 1970er Jahre ab, dass auch die Eisen- und Stahlindustrie, der zweite industrielle Schwerpunkt der Region um Rhein und Ruhr, in Schwierigkeiten geraten würde. Nach dem Zechensterben drohte nun auch das »Hüttensterben« und damit das Verschwinden ganzer Hüttenwerke mit ihren riesigen Anlagen und der Arbeitsplatzverlust für tausende Stahlarbeiter.

Johannes Rau war sich (wie schon sein Vorgänger) bewusst, dass es sich dabei nicht um eine vorübergehende, sondern um eine tiefgreifende – eben um eine strukturelle – Krise handelte. Ihre Bewälti-



Abb. 85: Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten, 20.9.1978.



Abb. 86: In einer Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtags, 14.3.1979.



Abb. 87: Treffen der Länderchefs bei Bundeskanzler Helmut Schmidt, v. l. n. r.: Lothar Späth, Hans Koschnick, Bernhard Vogel, Johannes Rau, Mai 1979.



Abb. 88: SPD-Ruhrgebietskonferenz in Castrop-Rauxel, v. l. n. r.: Burkhard Hirsch, Inge Donnepp, Antje Huber, Horst-Ludwig Riemer, Johannes Rau, Herbert Schnoor, Diether Posser, 8.5.1979.

gung ging er deshalb energisch und offensiv an. Sein Handeln prägte damit nicht nur die Entwicklung Nordrhein-Westfalens, sondern beeinflusste auch die Diskussion in der Bundespartei um den spezifisch sozialdemokratischen Weg von Modernisierung und Reform.

Ein spektakulärer Auftakt war die im Jahr 1979 in Castrop-Rauxel stattfindende Ruhrgebietskonferenz, die in mehrfacher Hinsicht stilbildend wirkte: Sie führte die verschiedenen Gruppen zusammen – neben den Unternehmen und Gewerkschaften waren auch Verbände, Parteien und Kirchen dazu gebeten – und lud sie ein, sich an der Entwicklung einer Perspektive für das Ruhrgebiet zu beteiligen. Der Ansatz prägte auch die weiteren Initiativen: Zur Überwindung der Strukturschwäche bedürfe es der »Mitarbeit und Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen«, so formulierte es das Programm »Zukunftstechnologien« im Jahr 1985. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde die Frage der Einbindung der betroffenen Menschen dann auch in einem institutionellen Rahmen diskutiert: Zunächst beschäftigte sich eine Kommission des Landtags mit der sozialverträglichen Technikgestaltung. Ihre Arbeit wurde dann ab 1990 im neu geschaffenen Ausschuss »Mensch und Technik« fortgesetzt.

Als die Konferenz das »Aktionsprogramm Ruhr« verabschiedete, gab sie damit den Anstoß zu einem Kraftakt: Von 1979 bis 1984 sollten mit Geldern in Milliardenhöhe und einer Mischung aus traditionellen und neuen Mitteln – neben arbeitspolitische Maßnahmen traten zum Beispiel steuerpolitische – das Revier modernisiert und die Montanregionen saniert werden. Weitere Programme folgten, gegen Ende der 1980er Jahre beispielsweise die »Zukunftsinitiativen Montanregionen und Nordrhein-Westfalen« und die »Internationale Bauausstellung Emscher Park«.

Das »Aktionsprogramm Ruhr« und die ihm folgenden Initiativen konzentrierten sich auf die Bereitstellung von Finanzmitteln und auf die Förderung lebensfähiger Wirtschaftsstrukturen – eben auf den Strukturwandel. Denn – und dessen war sich Johannes Rau bewusst – hinsichtlich der kriselnden Industrien selbst war die Interventionsfähigkeit des Landes begrenzt. Weder der Bergbau noch die Eisen- und Stahlproduktion waren in ihrer ursprünglichen Form und vor allem in ihrem Umfang (besonders in Bezug auf die Arbeitsplätze) aufrechtzuerhalten. In der Kohlepolitik setzte Johannes Rau zwar die absatzsichernde Linie der Vorgängerregierung fort; der dafür notwendige Konsens bröckelte allerdings im Laufe der Zeit, nicht zuletzt deshalb, weil der Bund und andere Bundesländer mit Beginn der 1980er Jahre zunehmend auf Abstand zur »Kohlevorranpolitik« gingen, die die Sicherung eines Kernbestandes der Montanindustrie bis dahin als Anliegen des gesamten Gemeinwesens definiert hatte.

Auch gegenüber der Eisen- und Stahlindustrie ging es nicht darum, Schließungen und Stilllegungen zu verhindern, solche Ent-



Abb. 89: »Sonderkonferenz Montanregion« in Oberhausen, Johannes Rau mit Reimut Jochimsen, 16.7.1987.



Abb. 90: »Sonderkonferenz Montanregion« in Oberhausen: Johannes Rau spricht zu demonstrierenden Arbeitern, 16.7.1987.



Abb. 91: Nach einem Besuch des Bergwerks Haltern mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker, 20.9.1985.



Abb. 92: Pressekonferenz zur Stahlrunde mit Helmut Kohl, 24.2.1988.



Abb. 93: Mit Norbert Blüm am Rande der Stahlrunde im Kanzleramt in Bonn, 24.2.1988.



Abb. 94: Proteste der Stahlkocher aus Rheinhausen in Düsseldorf, 11.4.1988.

scheidungen wurden in den Unternehmen getroffen. Die Landesregierung konnte lediglich versuchen, sie in ihren sozialen und regionalen Auswirkungen zu kontrollieren und abzufedern. Als Ende 1987 bekannt wurde, dass das Hüttenwerk in Duisburg-Rheinhausen geschlossen werden sollte, konnte die Landesregierung in der »Düsseldorfer Vereinbarung« erreichen, dass die Stilllegung zeitlich gestreckt und auch nach der Schließung eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen garantiert wurde. Als politischer Erfolg ließ sich das angesichts des vorangegangenen erbitterten Arbeitskampfes, der Massenproteste und großer Aktionen wie der Besetzung der Rheinbrücken allerdings nur bedingt vermitteln.

In immer stärkerem Maße war eine neue, integrierte Wirtschafts- und Mittelstandspolitik gefordert, die durch die Verzahnung technologiepolitischer Maßnahmen und Stärkung dezentraler, regionaler Aktivitäten den Wandel fördern und beschleunigen half. Fördergelder flossen deshalb vermehrt in Maßnahmen, die die allgemeine Infrastruktur verbesserten, die Klein- und Mittelbetriebe stärkten und die Ansiedlung von Gewerbeparks erleichterten. Die Projekte ließen die ersten Einkaufszentren im Grünen entstehen, verhalfen aber auch ganzen Stadtzentren zur Sanierung und damit zu neuer Attraktivität.

Mit dem »Technologieprogramm Wirtschaft« hatte Nordrhein-Westfalen bereits im Jahr 1978 ein speziell auf mittelständische Belange zugeschnittenes Programm verabschiedet. Im Vorfeld der Landtagswahlen 1985 wurde es um das Programm »Zukunftstechnologien« ergänzt, das sich die institutionalisierte Förderung des Wissens- und Technologietransfers zum Ziel setzte. Bis 1987 wurden 14 Technologiezentren ins Leben gerufen – dazu zählten auch die weithin sichtbaren Neubauten der Universitäten und Gesamthochschulen.

Die Bewältigung des Strukturwandels in den Montanregionen blieb ein zentrales Thema der gesamten Amtszeit Johannes Raus. Dabei rückten in den 1980er Jahren allerdings zunehmend weitere Bereiche in das Zentrum der Landespolitik. Das galt zunächst für Fragen der Medienstruktur und der Medienwirtschaft. Ihnen schenkte Johannes Rau seit Anfang der 1980er Jahre besondere Beachtung. Dabei motivierte ihn zunächst seine Überzeugung, dass zwischen Medien und (funktionierender) Demokratie ein enger Zusammenhang bestand. Daneben stellte sich aber heraus, dass die Medienwirtschaft ein zukunftsfähiger Bereich war, der helfen konnte, die Strukturprobleme des Landes zu lösen. Auf diese Weise entstand das Konzept vom »Medienland NRW«: Im September 1984 stellte der Ministerpräsident im Landtag »Thesen für ein Landesmediengesetz« vor, die den Einstieg in die duale Rundfunkordnung bildeten: Private Hörfunkanbieter sollten neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten zugelassen, allerdings auf den kulturellen Auftrag verpflichtet werden. Als »bloßes Mittel privater Gewinn-

erzielung« sollte der Rundfunk nicht betrieben werden können. Mit dem nordrhein-westfälischen Landesrundfunkgesetz vom 19. Dezember 1986 wurde zudem das Lokalfunkmodell NRW etabliert, das lokalen, gemeinnützigen Gruppen Sendezeit und damit verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen Mitspracherechte einräumte – ein Ansatz, der vor allem aufgrund des Engagements von Johannes Rau zum Bestandteil der medienpolitischen Position der SPD wurde. Die Neuordnung zahlte sich aus. Nordrhein-Westfalen entwickelte sich zu einem beliebten Medienstandort, Köln beheimatete zeitweise sechs Fernsehsender. Die zahlreichen lokalen Hörfunksender arbeiteten bald wirtschaftlich und boten Arbeitsplätze für Lokaljournalisten.

Neben der Medienpolitik war es vor allem die Umweltpolitik, in der Nordrhein-Westfalen neue Wege ging.

Mitte der 1980er Jahre setzte sich die nordrhein-westfälische Landesregierung das ausgesprochene Ziel, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen, das Land zum Zentrum von Umweltforschung, Umwelttechnik und -industrie zu machen. Das war eine klare Neuorientierung, die auch für die SPD als Partei eine inhaltlich und programmatisch neue Akzentsetzung bedeutete. Zurückzuführen war sie hauptsächlich auf drei Faktoren: Zum einen veränderten sich infolge des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft Wählerschaft, Wählerverhalten und nicht zuletzt die Sozialstruktur innerhalb der Partei. Die SPD in Nordrhein-Westfalen wurde mehr und mehr von einer (Industrie-)Arbeiter- zu einer Arbeitnehmerpartei. Damit änderten sich auch politische Positionen und Kriterien zur Bewertung politischer Vorhaben – die Industriefreundlichkeit bröckelte. Darüber hinaus führte der Politisierungsschub, der in den 1960er Jahren breite Bevölkerungsschichten erfasst hatte, nicht nur in die großen Bewegungen gegen die Aufrüstung und gegen die Atomenergie, sondern auch zu einem neuen Bewusstsein für Umweltfragen. Der Protest gegen eine Wirtschafts- und Lebensweise, die auf Kosten der Umwelt ging, manifestierte sich schließlich unmittelbar auf der politischen Ebene: Er mündete in die Gründung von alternativen Listen und einer neuen Partei – der Grünen. Sie konkurrierten mit den etablierten Parteien um Wähler und die politische Deutungshoheit und veränderten die politische Landschaft nachhaltig.

Im Sommer 1980 – die Grünen hatten in den Landtagswahlen am 14. Mai den Einzug ins Parlament um zwei Prozentpunkte verpasst – blickte Johannes Rau noch gelassen auf die Parteienlandschaft und das Wählerverhalten:

»Du hast natürlich recht, wenn Du sagst, wir müssten uns um die sogenannten Intelligenzler bemühen. Da ist sicherlich noch ein Reservoir für die nächsten Wahlen. Das politische Angebot unserer Partei müsste ja für diese Kreis besonders attraktiv sein, besonders da die



Abb. 95: Mit dem hessischen Staatsminister für Umwelt und Energie Joschka Fischer bei der Eröffnung der Umweltmesse Envitec in Düsseldorf, 17.2.1986.



Abb. 96: Mit Finanzminister Diether Posser, 1987.



Abb. 97: Mit Helmut Schmidt bei der Schlusskundgebung im Landtagswahlkampf 1980 in Köln, 9.5.1980.



Abb. 98: Mit Helmut Schmidt bei der Schlusskundgebung im Landtagswahlkampf 1980 in Köln, 9.5.1980.

CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten gewiß kein Angebot für nachdenkliche Menschen ist und die Grünen sich schon wieder auf dem Wege der Spaltung befinden.

Nun ist es ja so, daß viele von den Kritischen und Nachdenklichen schon bei uns ihre Heimat gefunden haben oder zumindest aber mit unserer Politik sympathisieren. Ich erinnere Dich da nur an die erfolgreiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Wählerinitiative, die von Künstlern und Intellektuellen auf Initiative von Günter Grass hin in den 60er Jahren ins Leben gerufen wurde. Die SPD hat mit der Integration eines Großteils der Studentenbewegung eine große Leistung vollbracht. [...]

Brief an Gerhard Weisser, 3.7.1980 (NL Gerhard Weisser).

Spätestens mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 war aber deutlich, dass sich die eher zurückhaltende Position, die das industriell geprägte Land in den neuen Umweltdebatten bisher eingenommen hatte, nicht so fortsetzen ließ. Auch in der nordrhein-westfälischen SPD stellte sich die Frage, wie der erstarkenden Umweltpartei beizukommen sei:

»[...] Ich denke, wir haben hier in Nordrhein-Westfalen nicht die schlechtesten Karten mit unserer seit Jahren kontinuierlichen Umweltpolitik der kleinen Schritte und unserem im letzten Herbst vorgelegten umfassenden Umweltprogramm.

Dennoch erkenne ich nicht, daß das, was an »Bewegung« hinter den Grünen – und auch hinter der Friedensbewegung – steht, nicht allein durch Programme oder konkrete Politik in die sogenannten etablierten Parteien zu integrieren ist. [...]

Brief an Gerhard Weisser, 16.2.1984 (NL Gerhard Weisser).

Johannes Rau entschied sich dafür, die Auseinandersetzung aktiv zu suchen und die neue Partei im Land durch eine Weiterentwicklung der Umweltpolitik verzichtbar zu machen. Die Landesanstalt für Ökologie, Landwirtschaftsentwicklung und Forstplanung hatte bereits zahlreiche neue Stellen und Aufgaben erhalten, 1983 war das Umweltprogramm NRW verabschiedet worden. Zudem wurde nach der Landtagswahl 1985 – die Grünen blieben auch hier unter den erforderlichen fünf Prozent – das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft eingerichtet, das der bisherige Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen übernahm. Die Regierungserklärung, mit der Rau noch am selben Tag seine dritte Amtsperiode eröffnete, stand unter dem paradigmatischen Titel »Wir erneuern Nordrhein-Westfalen – ökologisch und ökonomisch« und konkretisierte das Vorhaben mit sechs Schwerpunkten:

- » 1. Wir führen unsere technologische und unsere forschungspolitische Offensive fort.
 2. Im Bereich »Arbeit und Umwelt« setzen wir einen besonderen Schwerpunkt der Investitionen des Landes.
 3. Unser Umweltprogramm erhält durch das Zusammenwirken der Maßnahmen zum Schutz von Luft, Boden und Wasser noch mehr Durchschlagskraft.
 4. Ein neues Element unserer Infrastrukturpolitik wird der Aufbau eines modernen Kommunikationssystems sein.
 5. Durch unsere Energiepolitik verbinden wir den Schutz der Umwelt mit sicherer Energieversorgung.
 6. Wir stärken die außenwirtschaftlichen Aktivitäten Nordrhein-Westfalens. [...]«

Wir erneuern Nordrhein-Westfalen – ökologisch und ökonomisch. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 10. Juni 1985, hg. Vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1985.

Den Worten folgten weitere Taten: Schon im Jahr darauf wurde anlässlich des 40. Geburtstags des Landes Nordrhein-Westfalen die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege gegründet, die alle im Bereich Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege tätigen gemeinnützigen Vereine, Verbände und ehrenamtlich arbeitenden Gruppen in Nordrhein-Westfalen unterstützen sollte. Die bundesweit einmalige thematische Verbindung von Natur und Kultur unter dem Dach einer Stiftung nahm einen ganzheitlichen Ansatz auf, der Ende des 19. Jahrhunderts typisch für die Begründer der Heimatbewegung in Deutschland gewesen war: den bürgerschaftlich getragenen Einsatz für Natur und Landschaft, für den Erhalt von Denkmälern und kultureller Vielfalt.

Die Wahl – und der Wahlkampf – von 1985 stellte aber auch in anderer Hinsicht eine wichtige und bis heute nachwirkende Zäsur in der Regierungszeit von Johannes Rau dar: Es gelang ihm nicht nur die absolute Mehrheit von 1980 zu verteidigen – damals reichten die 48,4 Prozent der SPD zur absoluten Mehrheit im Parlament, weil die FDP mit 4,9 Prozent den Einzug in den Landtag denkbar knapp verpasst hatte – bei den Landtagswahlen vom 12. Mai 1985 erzielte Rau mit 52,1 Prozent auch das beste Ergebnis, das die SPD in dem Land je hatte verzeichnen können. Der Erfolg war dabei maßgeblich auf die Imagekampagne »Wir in NRW« zurückzuführen, mit der der sozialdemokratische Spitzenkandidat sogar bei traditionellen CDU-Wählern punkten konnte. Im Wahlkampf sollte sie die Einigkeit der Partei und die Einheit des Landes zum Ausdruck bringen, wurde dabei aber auch zu einem dauerhaft mit dem »ersten Bürger« und »Landesvater« Johannes Rau verbundenen Motto, mit dem sich breite Bevölkerungsschichten identifizieren konnten. Der Erfolg dieser Kampagne war angesichts der Geschichte Nordrhein-West-



Abb. 99: Wahl Johannes Raus zum SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl auf der Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen SPD in Hagen, 2.2.1985.



Abb. 100: Wahlsieger Rau nach den Landtagswahlen 1985 in der Düsseldorfer Staatskanzlei mit Willy Brandt, Christina Rau und Peter Glotz, 12.5.1985.



Abb. 101: Plakat zur Landtagswahl 1985 »Wir in Nordrhein-Westfalen ...«.

falens nicht selbstverständlich. Das erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Land konnte sich nicht auf ein traditionelles Landesbewusstsein stützen. Diese Lücke schloss die Formel »Wir in NRW« ein gutes Stück, sie offerierte den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zur Identifikation, die auf breite Zustimmung stieß.

»Wir in Nordrhein-Westfalen gehen gemeinsam ans Werk. Das ist meine Hoffnung nach dem klaren Vertrauensbeweis unserer Bürgerinnen und Bürger, für den wir Dank sagen und auf den wir mit dem Versprechen antworten: Wir wollen einander auch in den nächsten fünf Jahren mit Respekt und Toleranz begegnen. Wir wollen uns sachlich und offen um die besten Lösungen für unser Land und seine Menschen bemühen. [...]

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Wir sind fast 17 Millionen Menschen. Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gerne hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat. [...]

Von allen vergleichbaren traditionellen Industrieregionen hat das Land an Rhein und Ruhr, an Wupper und Weser, die besten Chancen, den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Mit dem Aktionsprogramm Ruhr haben wir dazu beigetragen, daß das Ruhrgebiet bei der wirtschaftlichen Erneuerung ein gutes Stück vorangekommen ist. [...]

Wir in Nordrhein-Westfalen bauen nicht auf ein Modell der Gesellschaft, deren Treibstoff aus dem Egoismus der einzelnen gemacht ist. Wir wissen zwar, wie sehr Eigennutz uns Menschen antreibt; da soll man sich keine Illusion machen. Aber wir meinen, das Handeln des einzelnen muß gesellschaftlich und sozial verantwortet sein. Wir vertrauen den Menschen. Wir geben auch die Hoffnung nicht auf, dass im menschlichen Wesen zutiefst ein Stück Offenheit für andere Menschen angelegt ist. Darauf bauen wir. [...]

Wir setzen auf die Leistungen und die Fähigkeiten der arbeitenden Menschen in unserem Land, auf unternehmerischen Mut und Innovationskraft gerade in den kleinen und mittleren Unternehmen und auf das Zusammenwirken von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat. Die Landesregierung erneuert ihr Gesprächsangebot an die Arbeitgeber und die Gewerkschaften. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Tisch Lösungen suchen und finden. In unserer Gesellschaft gibt es eine große Bereitschaft zur Mitverantwortung, zur Mitgestaltung und zum Konsens – im solidarischen Ringen um mehr Arbeit muß sich die Bereitschaft beweisen.

Wir erneuern Nordrhein-Westfalen – ökologisch und ökonomisch. Regierungserklärung am 10. Juni 1985, hg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1985, S. 3–12.

Durch die Betonung der historisch gewachsenen Vielfalt Nordrhein-Westfalens unterstützte Rau in zahlreichen Reden die Auffassung, dass dieses Bundesland zwar ein junges, aber nicht ein geschichtsloses Land sei. Weil in seinen Äußerungen Landesgeschichte immer auch Alltagsgeschichte war, die die Wiederaufbauleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso umfasste wie die Geschichte der Bergleute oder den Kampf um die Mitbestimmung, stärkte Johannes Rau mit solchen Beiträgen das Gefühl einer Landesidentität.

Der Stolz des Ministerpräsidenten auf das Land Nordrhein-Westfalen und dessen Leistungsfähigkeit, die er in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hatte, ziehen sich ebenso wie die häufig bekundete Verbundenheit zu seiner Geburtsstadt Wuppertal durch zahlreiche Reden und Briefe Johannes Raus. Sein landeskundliches Wissen stellte er in einem Brief an den Journalisten Jürgen Busche unter Beweis:

»[...] Sie können sich gewiß vorstellen, daß ich Ihren Bericht ›Du sollst deinen Landesherren ehren‹ mit entschlossenem Schmunzeln gelesen habe [...]. Wenn ich Ihnen heute fröhlich dankend schreibe, dann natürlich nicht, um irgendeine Wertung zu korrigieren oder auch nur zu relativieren. Ich will Ihnen nur gern erzählen, daß in meinem Anekdotenschatz auf die Frage, was ich gern sein wolle, wenn ich nicht mehr Ministerpräsident sei, zu sagen pflege, dann wäre ich gern Fremdenführer für Nordrhein-Westfalen. Mit diesem heimlichen Wunsch hängt es zusammen, daß ich es riskiere, etwas Geographie zu ergänzen oder etwas zur Landeskunde beizutragen: Montabaur liegt im Westerwald und in Rheinland-Pfalz, keinesfalls aber in Nordrhein-Westfalen oder in der Eifel. Ich nehme an, daß das am Setzer liegt: der hat gewiß Monschau gemeint, das wirklich wunderschön ist und wo ich Ihnen vor allem das Rote Haus empfehlen kann, ein bürgerlich-dynastisches Denkmal von außerordentlichem Rang. [...]«

Brief an den Ressortleiter Innenpolitik der »Süddeutschen Zeitung« Jürgen Busche, 2.5.1995 (JRA).

Die Bedeutung Nordrhein-Westfalens betonte Johannes Rau aber nicht nur nach innen, sondern auch nach außen und besonders im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise zur Europäischen Union. Das lag nicht nur daran, dass Nordrhein-Westfalen, an Belgien und die Niederlande grenzend, wirtschaftlich stark mit den europäischen Partnerländern verflochten und – in Fragen des Strukturwandels – stark von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen der europäischen Ebene betroffen war. Es hatte auch damit zu tun, dass die europäische Integration eine Neubestimmung der Position der Regionen und insbesondere eine Neudefinition der Funktion und der Einflussnahme der Landesparlamente notwendig machte. Unter Johannes Rau setzte sich Nordrhein-



Abb. 102: Die NRW-Landesregierung vor der Düsseldorfer Staatskanzlei, 5.6.1985: hintere Reihe v. l. n. r.: Helmut Müller-Reinig (Sprecher), Hans Schwier (Kultus), Günther Einert (Bundesangelegenheiten), Herbert Schnoor (Innen), Diether Posser (Finanzen), Klaus Matthiesen (Umwelt, Landwirt Forsten), Reimut Jochimsen (Wirtschaft), Rolf Krumsiek (Justiz), Klaus Dieter Leister (Leiter Staatskanzlei); vorn, v. l. n. r.: Christoph Zöpel (Stadtentwicklung, Wohnen u. Verkehr), Anke Brunn (Wissenschaft u. Forschung), Rau, Hermann Heinemann (Arbeit, Gesundheit und Soziales).

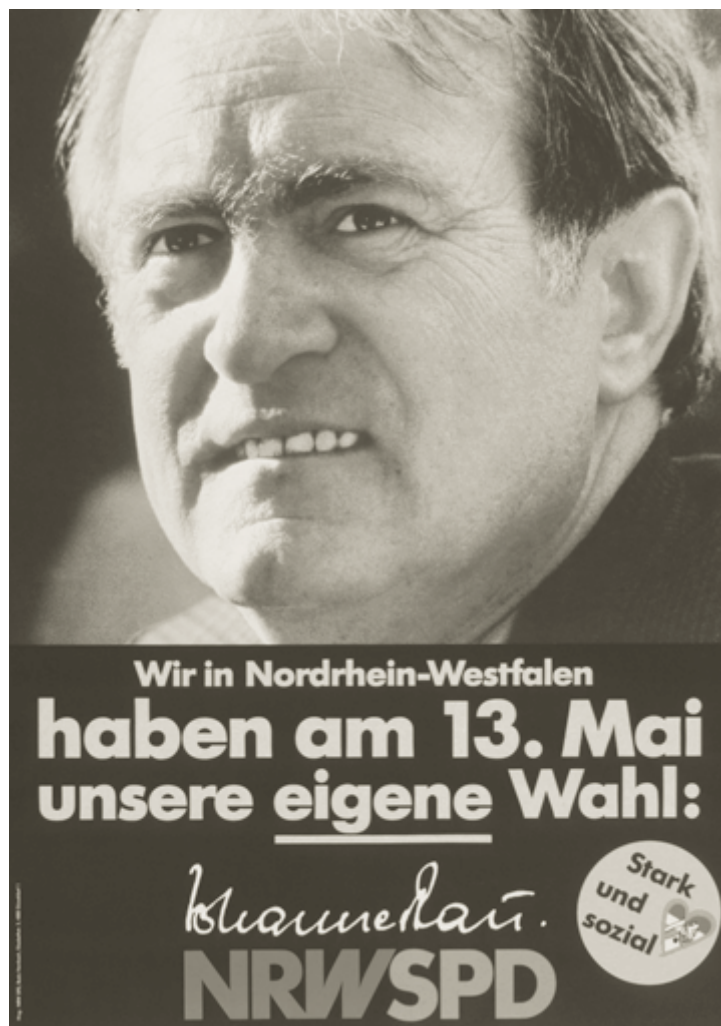


Abb. 103: Wahlplakat zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 1990.



Abb. 104: Am Tag nach der Landtagswahl in der Bonner Parteizentrale Erich-Ollenhauer-Haus, 14.5.1990.

Westfalen daher für die Rechte der Regionen in Europa ein. Bereits im Jahr 1984 richtete es als erstes Bundesland ein Verbindungsbüro zu den europäischen Institutionen in Brüssel ein, ab 1986 fungierte dieses bereits als eine reguläre Dienststelle. Am 1. Juli 1987 konstituierte sich darüber hinaus eine Kommission »Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und auch in einem Vereinten Europa«, die den Integrationsprozess aktiv mitgestalten sollte. Zwei Jahre später sprach sich der Landtag in einer einstimmigen EntschlieÙung zur »Gemeinschaftscharta der Regionalisierung« des Europäischen Parlaments für die Sicherung föderativer Strukturen in einem geeinten Europa aus. Das Land NRW wollte ein Europa, das der Erhaltung der kulturellen Eigenarten, der gesellschaftlichen Vielfalt, der Bürgernähe und einer auf gleichwertige Lebensverhältnisse abzielenden Politik diene. Nach der Landtagswahl 1990 wurde ein »Unterausschuss für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit«, 1995 ein selbstständiger »Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik« eingerichtet. Der 1992 durch den Maastrichter Vertrag errichtete »Ausschuss der Regionen« (erste Sitzung: 1994) geht auch auf den Druck Nordrhein-Westfalens zurück.

In der Wahl vom 13. Mai 1990 konnte die SPD erneut die absolute Mehrheit erringen, allerdings waren im Landtag mit den Grünen nun vier Parteien vertreten. Zu den Schwerpunktthemen der Legislaturperiode gehörte die Reform des Bildungssystems, ein für die SPD ebenso zentrales wie schwieriges Feld. In den 1970er Jahren war sie mit ihrem integrierten Schulmodell gescheitert: Sowohl die kooperative Gesamtschule als auch die Kollegschule hatte sie nicht durchsetzen können – das Volksbegehren, das die CDU erfolgreich gegen die kooperative Gesamtschule initiiert hatte, hatte sogar maßgeblich zum Rücktritt von Heinz Kühn beigetragen. Auch eine neue Form der Integration von Allgemeinbildung und Berufsbildung hatte nicht die erhoffte Akzeptanz finden können, obwohl sie einer weit verbreiteten Stimmungslage im Gewerkschaftslager und der Partei entsprochen hatte. Anfang der 1990er Jahre unternahm Johannes Rau einen neuen Versuch, die festgefahrene Debatte zu beleben und in politisches Handeln zu überführen.

Schon vor der Landtagswahl, am 30. März 1990, wurde ein Antrag der SPD-Fraktion zur »Öffnung der Schule« beraten und angenommen. Unter Wahrung von Freiwilligkeit und Eigenverantwortung sollte die Schule stärker demokratisiert werden. Die CDU sah darin allerdings eher eine Politisierung – und ihr Fraktionsvorsitzender Bernhard Worms dachte laut über eine Verfassungsklage nach. Am 16. Juni 1992 berief der Ministerpräsident eine ihm zugeordnete Kommission »Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft« unter dem Vorsitz des Bielefelder Universitätsprofessors Karl-Peter Grottemeyer. Sie sollte die »Analysen und Leitlinien für die Weiterentwicklung des Bildungswesens« erarbeiten.

Die Arbeitsergebnisse wurden im Herbst 1995 veröffentlicht und regten in Parlament und Öffentlichkeit eine lebhafte Diskussion an. Sie sahen vor, die sechsjährige Grundschule einzurichten, das selbstbestimmte Lernen zu fördern, größeren Handlungsspielraum für Schulentwicklungsplanung zu ermöglichen, Leistungskomponenten bei der Beurteilung der Lehrer einzuführen und Möglichkeiten zu schaffen, aus der Schullaufbahn aus- und gegebenenfalls in die Weiterbildung wieder einzusteigen. Ein zentraler Punkt, der es ermöglichen sollte, die ideologisch verhärteten Fronten aufzubrechen, bestand darin, dass eine neues Leitbild verkündet wurde: Die Schulen sollten innerhalb der staatlichen Rahmenbedingungen mehr Autonomie erhalten, die Möglichkeiten der Eltern, Schüler und Lehrer zur Selbstorganisation und Selbstregulierung sollten ausgebaut werden. Die Initiative mündete zwar in keine konkreten politischen Schritte, rückte aber die Frage nach den Ansätzen und nach der Bedeutung der Bildungspolitik – und ihrer Reform – wieder in das Bewusstsein, was Johannes Rau auch persönlich würdigte:

»Als ich im Sommer 1992 die Kommission ›Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‹ berief, ging es mir um den Versuch, eine Diskussion in Gang zu bringen, die über die Tagesaktualität weit in die Zukunft weist. Wir haben heute mit gesellschaftspolitischen Umbruchsituationen zu tun, die allen viel abverlangen. Bildungspolitik muß wieder zu einem wichtigen Thema werden in einer Welt, die sich mit großer Dynamik verändert.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns neu bewußt machen, daß wir mit bildungspolitischen Weichenstellungen, die wir heute vornehmen, über die Lebensgestaltung künftiger Generationen entscheiden.

Wir müssen uns zum Beispiel fragen, von welchen gesellschaftlichen Wandlungen, kulturellen Entwicklungen und Wertorientierungen wir für die Zukunft der Bildung auszugehen haben. Es geht um Anforderungen, die Beruf, Arbeit und Wirtschaft stellen; es geht um Konsequenzen, die sich daraus für die Schule, die berufliche Bildung, den Übergang zu Hochschule und die Weiterbildung ergeben.

Wir müssen mehr als bisher bedenken, welche Folgerungen wir aus Entwicklungen in anderen Ländern, aber auch aus interkulturellen Begegnungen im täglichen Leben bei uns, aus ökologischen Erfordernissen, der Notwendigkeit eines veränderten sozialen Miteinanders und neuen ökonomischen Zwängen ziehen.

Wir müssen uns immer wieder neu fragen, was wir dazu beitragen können, damit junge Menschen als mündige Staatsbürger verantwortungsbewusst unsere soziale Demokratie mitgestalten – tolerant und weltoffen in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst. Es geht um die ständige Vergewisserung, wie wir alle lernen und zukunftsfähig bleiben.



Abb. 105: Mit Bildungsministerin Gabriele Behler, Februar 1998.



Abb. 106: Rot-grüne Koalitionsverhandlungen in Bonn, v. l. n. r.: Verhandlungsführer der SPD Klaus Matthiesen, Johannes Rau, Wolfgang Clement, Gabriele Behler, 31.5.1995.



Abb. 107: Gesprächsführer der Grünen, v. l. n. r.: Reiner Priggen, Michael Vesper, Bärbel Höhn, Barbara Steffens, 31.5.1995.

Ich meine, daß die Antworten auf solche Fragen nicht »von oben« verordnet werden können, dazu bedarf es vielmehr eines offenen Diskurses mit und zwischen allen, die an Schule, Bildung, Aus- und Weiterbildung beteiligt und auf sie angewiesen sind. Bildungsreformen sind nur erfolgreich, wenn sie von allen Beteiligten und Betroffenen mitgestaltet und mitgetragen werden. Die Kommission »Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft« legt mit dieser Denkschrift Analysen, Leitvorstellungen und Empfehlungen für eine entwicklungsoffene Gestaltung unseres Bildungswesen vor. Sie enthält zahlreiche Diskussionsanstöße für eine breite öffentliche Debatte. Für diese sehr verdienstvolle Arbeit danke ich allen Mitgliedern der Kommission, ihrem Vorsitzenden Prof. Grottemeyer und den Mitgliedern des Sekretariats herzlich.

Ich möchte alle Leserinnen und Leser der Denkschrift ermuntern, sich intensiv mit dieser spannenden Lektüre auseinanderzusetzen. Mir liegt sehr daran, daß wir dazu einen offenen Dialog mit allen am Schulleben Beteiligten und möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen führen.

Ich bin sicher, daß die mit dieser Denkschrift vorgelegten Analysen, Leitvorstellungen und Empfehlungen weit über Nordrhein-Westfalen hinaus wertvolle Anregungen für eine neue Debatte über die »Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft« liefern werden.

Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen«

Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft: Denkschrift der Kommission Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft« beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen/Bildungskommission NRW, Neuwied (u. a.) 1995.

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 11. März 1995 wurde Johannes Rau mit 99,3 Prozent der Stimmen wiederum zum Spitzenkandidaten für die im Mai anstehenden Wahlen zum 12. Landtag benannt. »Regieren, nicht kungeln«, so definierte er sein Wahlziel und erteilte damit jedem Gedanken an eine mögliche Koalition nach den Landtagswahlen eine deutliche Absage. Nichtsdestoweniger beendete die Wahl vom 14. Mai 1995 die langjährige »Hegemonie« der SPD, die mit 46 Prozent der Stimmen dieses Mal die absolute Mehrheit verfehlte. Dieses Ergebnis war auch der guten Arbeit der vergangenen Jahre geschuldet: Mit zunehmend erfolgreicher Bewältigung des Strukturwandels hatte das zentrale und wahlentscheidende Thema vergangener Legislaturperioden an öffentlicher Bedeutung verloren. Die »Schuld« am Wahlausgang mochte Johannes Rau jedenfalls nicht »in der Werbestrategie noch bei den Beratern suche[n]. Richtig ist wohl, daß die Partei nicht nur der Modernisierung, sondern an einigen Stellen auch der moralischen Erneuerung bedarf.« (Brief an den Wahlmanager Harry Walter, 7.6.1995, JRA).

Nach Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses waren rein rechnerisch Koalitionen mit den beiden ebenfalls in den Landtag gewählten Parteien möglich, also mit der CDU, die 37,7 Prozent erreicht hatte, und mit Bündnis 90/Die Grünen, die auf zehn Prozent gekommen waren. Mit der Entscheidung, die Möglichkeiten einer

rot-grünen Koalition auszuloten, stand für viele SPD-Wähler die politische und persönliche Glaubwürdigkeit der Partei und des Ministerpräsidenten auf dem Spiel – für Rau eine zusätzliche Belastung. Er ließ sich dennoch »in die Pflicht nehmen« und erklärte, er gehe mit viel gutem Willen »an diese Arbeit, obwohl ich erschreckende Briefe bekomme, die mir jetzt den völligen Verlust meiner Glaubwürdigkeit bestätigen. Die Entscheidungsfähigkeit des Menschen im Blick auf das, was man will und dem, was er anschließend tun kann und möglicherweise tun muß, ist bedrückend und erheblich. Wie ich mit dieser Situation fertig werde, kann ich gegenwärtig wirklich noch nicht einschätzen.« (Brief an Jürgen Altes, 29.5.1995, JRA). Rau war »entschlossen, alles auszuloten, was einen gemeinsamen Erfolg bringen kann.« (Brief an Pfarrer Frieder Bredt, 29.5.1995, JRA).

Die Koalitionsverhandlungen gestalteten sich angesichts weit auseinander liegender Positionen in vielen Bereichen – etwa in Fragen der Verkehrs- und Energiepolitik – außerordentlich schwierig und es dauerte sechs Wochen, bis die 199 Seiten der Koalitionsvereinbarung auf dem Tisch lagen.

Die Situation des Sich-Hineinfindens schilderte Johannes Rau in einem Brief an Heinz Westphal:

»[...] so ändern sich die Zeiten und kann der Wind sich drehen. Und nun heißt es, sich bewegen und sich so zu postieren, daß er einem nicht ins Gesicht bläst. Da sitze ich nun in neuer Runde, blicke zwar nicht in fremde Gesichter, aber es ist doch eine völlig andere Atmosphäre, in der nun »regiert« werden soll. Gewünscht habe ich mir das gewiß nicht – aber die Wähler haben es so gewollt. Daß diese »Expedition« nur mit der Geschlossenheit der Basis gelingen kann, das weiß ich – hoffentlich weiß es auch die Partei.«

Brief an Heinz Westphal, 2.6.1995 (NL Heinz Westphal).

Am 6. Juni des Jahres wurde Rau zum fünften Mal in Folge zum Ministerpräsidenten gewählt – dieses Mal mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Rau wusste um seine Verantwortung in dieser schwierigen Phase kurz nach den Wahlen. Manchmal komme der Gedanke auf, schrieb er an den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Karl Haehser, »daß jetzt Jüngere heran müssen und daß jemand wie ich doch eher vom Rande her begleitend und ein wenig fürsorglich mithelfen könnte, damit andere ihre eigenen Akzente setzen können. Schließlich bin ich dem Pensionsalter bis auf ein paar Monate nähergerückt. Das alles muß man aber sehen, wenn die nächsten Wochen durchgestanden sind, die sind schwierig genug.« (Brief an Karl Haehser, 7.6.1995, JRA). Am 17. Juli stellte er seine Regierungsmannschaft vor, die »Zeit des stillen Regierens« war vorbei. Mit seinem Stellvertreter und Wohnungsbauminister Michael Vesper sowie Bärbel Höhn als Landwirtschafts- und Um-



Abb. 108: Mit Michael Vesper auf dem Sommerfest der nordrhein-westfälischen SPD in Bonn, 28.6.1995.

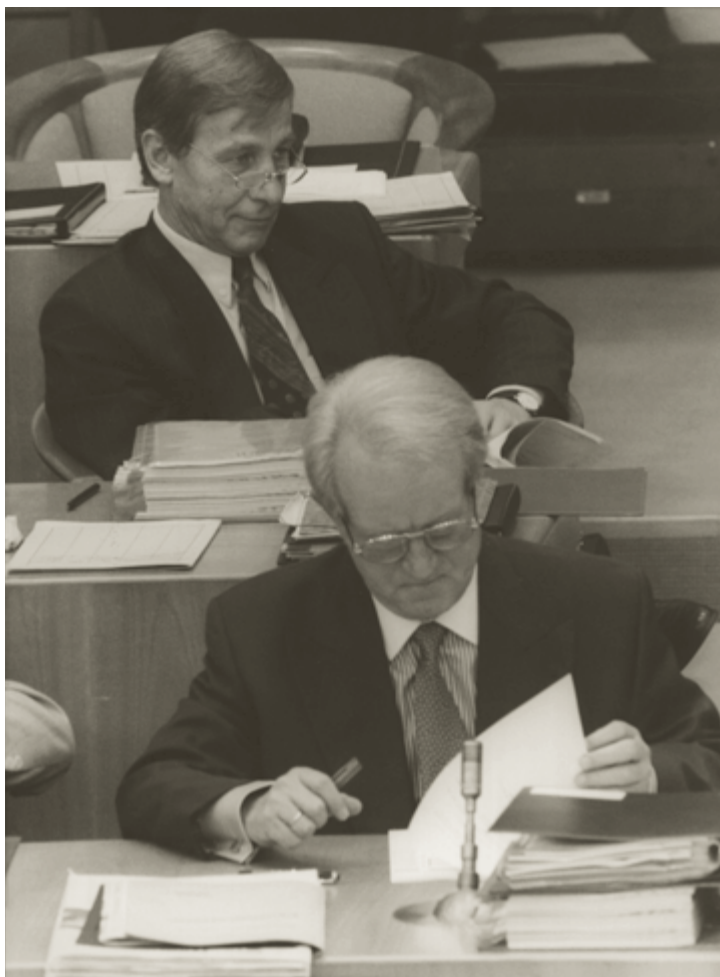


Abb. 109: Mit dem Minister für besondere Aufgaben Wolfgang Clement im nordrhein-westfälischen Landtag, 15.9.1993.



Abb. 110: Mit den Kabinettsmitgliedern, v. l. n. r.: Gabriele Behler, Fritz Behrens, Bärbel Höhn, Manfred Dammeyer, Rüdiger Frohn (Chef der Staatskanzlei) und Michael Vesper, 17.7.1995.

weltministerin besetzte der kleinere Koalitionspartner zwei Ressorts, Wolfgang Clement erhielt mit dem Wirtschaftsministerium, ergänzt um Verkehr und Medien-Wirtschaft, ein öffentlichkeitswirksames »Superressort«.

Die Regierungserklärung im Herbst 1995 stellte Johannes Rau unter den Leitsatz »Aufbruch ins Jahr 2000: Wir setzen auf Erfahrung auf Erneuerung«. Darin kündigte er an, die bestehenden Förderprogramme zu einem »Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt« mit einem Volumen von 13 Milliarden Mark zu bündeln.

Trotz der schweren Anfangsbedingungen – zunächst mussten tiefe Gräben überwunden werden, später rissen einzelne Kabinettsmitglieder neue auf – konnte Johannes Rau das ausgesprochene Zweckbündnis Rot-Grün stabil halten und durchaus Erfolge verzeichnen.

Der Ministerpräsident wusste, dass er darauf achten musste,

»[...] daß die Koalition gelingt und daß sie nicht mutwillig oder unzeitig abgebrochen wird. Dazu bedarf es aber der Gesprächsfähigkeit nach allen Seiten und gegenwärtig sehen die Dinge wohl so aus, daß ich nicht nur aus der Bonner Sicht betrachtet noch eine Weile den Karren zu ziehen habe. Das will ich dann auch tun, wohl wissend, daß all das gilt, was einem gute Freunde sagen: daß es in der Politik keinen Dank gibt und daß man gehen muß, solange man noch laufen kann – ich weiß das alles und ich täusche mich nicht selber. [...]«

Brief an Dirk Bavendamm, 11.2.1997 (JRA).

Zu den wichtigsten Themen der Landesregierung gehörte, neben der Umweltpolitik, die schon wegen des Problemfeldes Steinkohleförderung im Allgemeinen und den Auseinandersetzungen um den Braunkohletagebau Garzweiler II im Besonderen stark in den Medien diskutiert wurde, die »Zukunft der Arbeit«. 1997 zeigte der Ministerpräsident die Perspektiven für NRW auf:

»[...] Was nehmen wir uns vor für die kommenden fünfundzwanzig Jahre? Was kann uns wieder wirklich zukunftsfröh machen, was kann uns neue Lust auf die Zukunft geben? Ich will versuchen, Ihnen an einigen Beispielen zu zeigen, was das sein könnte.

Für unsere Zukunft wird entscheidend sein, wie wir die Arbeit organisieren und so fortentwickeln, daß die Bedürfnisse der Menschen mit den Erfordernissen des Wirtschaftens in Übereinstimmung kommen. Die Arbeit dient dem Lebensunterhalt. Das gibt ihr unmittelbar einen Wert. In ihr – und das gibt ihr einen weiteren Wert – entfalten sich aber auch menschliche Fähigkeiten. Darum hat Hans Küng recht, wenn er sagt: »Ohne sinnvolle Arbeit geht ein Stück Menschenwürde verloren.« Darum sind diejenigen keine welt-

fremden Idealisten, die auf den Sinn der Arbeit für das Selbstwertgefühl und für die Identität des einzelnen aufmerksam machen. Darum ist es alles andere als eine akademische Betrachtung, auch auf den Wert der Arbeit für den Zusammenhalt von Staat und Gesellschaft hinzuweisen.

Wer in der Arbeit dagegen nur den reinen Kostenfaktor sieht, dessen Preis so weit wie möglich gedrückt werden muß, der hantiert mit sozialem Sprengstoff, der rüttelt an den Grundfesten unserer westlichen Zivilisation – ob ihm das bewusst ist oder nicht. [...]

Es gibt nicht wenige, die glauben, daß aus dem Mangel an herkömmlicher Arbeit auch neuer Bürgersinn wachsen könnte.

Neben der regulären Erwerbsarbeit könnte ein Mehr an freiwilliger Gemeinschaftsarbeit und ein Mehr an sozialer Selbsthilfe treten. [...]

Rede »Vordenken und Nachdenken – der verantwortliche Umgang mit der Zukunft« in Dortmund, 18.11.1997, in: »Nachdenken über den Fortschritt«. 10 Jahre Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Reden von Johannes Rau, hg. von Gert Kaiser, Düsseldorf 1998.

Im Mai des folgenden Jahres übergab Johannes Rau die Amtsgeschäfte an Wolfgang Clement – im September des selben Jahres wäre er 20 Jahre Ministerpräsident gewesen.

»I.

Nach den Landtagswahlen vom 14. Mai 1995 hat mich der Landtag am 6. Juli 1995 zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt.

Heute möchte ich dieses Amt zurückgeben.

Als ich am 20. September 1978 zum Nachfolger von Heinz Kühn gewählt worden war, habe ich mir nicht vorstellen können, daß ich diese Funktion so lange innehaben würde. Ich konnte damals nicht wissen, daß ich einmal vor Ihnen als dienstältester Ministerpräsident und als dienstältester Abgeordneter dieses Landtags sprechen würde. In all den Jahren war es mir immer besonders wichtig, daß ich das Vertrauen rechtfertige und erwidere, daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen und die Mehrheit im Landtag in mich gesetzt haben.

Ich habe mich immer darum bemüht, jenseits tagespolitischen Streits und grundsätzlicher Unterschiede in den politischen Auffassungen, auch die Gesprächsfäden zu Kolleginnen und Kollegen in anderen Fraktionen nie abreißen zu lassen. Das habe ich am Schwanspiegel so gehalten und daran hat sich auch hier in diesem lichten Gebäude am Rhein nichts geändert.

Ich war und ich bleibe geprägt von den ganz unterschiedlichen Erfahrungen, die ich habe machen dürfen.



Abb. 111: Mit Finanzminister Heinz Schluesser, 2.12.1996.

- als Abgeordneter in der Opposition,
- als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion,
- als Mitglied und Chef einer Koalitionsregierung,
- als Ministerpräsident mit eigener parlamentarischer Mehrheit
- und dann wieder in einer Koalition.

Noch wichtiger als die Gesprächsfäden auch in andere Fraktionen des Parlaments war es mir, daß ich mir in allen Ämtern und in allen Funktionen ein möglichst ungefiltertes Bild machen konnte von dem, was Menschen in unserem Land bewegt. Dazu haben neben vielen Gesprächen auch ungezählte Briefe beigetragen, die mir Menschen geschrieben haben.

Diese Briefe zu lesen war mir wichtiger als manches andere. Ich verdanke ihnen neben manchen Einsichten und der Möglichkeit, praktisch zu helfen, vor allem das sichere Gefühl, daß ich Bodenhaftung behalten habe. Meinem Amtsverständnis hat es entsprochen, daß Menschen, die dem Ministerpräsidenten schreiben, auch eine Antwort bekommen. So schnell wie möglich und – wenn es irgend ging – von mir selber.

In der Politik kommt es wie in kaum einem anderen Bereich auf das geschriebene und auf das gesprochene Wort an. Darum ist es so wichtig, die Möglichkeiten und die Grenzen des Wortes zu kennen und zu beachten. Hans Jonas, von dem zu wenige wissen, daß er ein Sohn unseres Landes war, aus Mönchengladbach stammte, hat das so formuliert: Er hatte die Sorge der »Vergeblichkeit des Wortes«, das – so sagte er – dann ohnmächtig werden kann für die Gegenwart, »wenn es zu sehr in die Zukunft greift oder wenn es zu stark in Widerspruch gerät mit den Zwängen, den Nöten, den Interessen oder den Mächten der Zeit«.

II.

Ich habe mich in allen Ämtern darum bemüht, ich selber zu bleiben. Im Reden und im Handeln. Und vor allem darin, daß beides übereinstimmt. Wer sich darum bemüht, kann es nicht jedem Recht machen. Das wollte ich auch nicht.

Ich habe getan, was ich für richtig hielt und unterlassen, was ich für falsch hielt. Mein Orientierungspunkt waren die Interessen unseres Landes Nordrhein-Westfalen und das Wohl aller Menschen, die hier leben.

Ich bin dankbar dafür, daß ich mich bei meiner Arbeit immer auf eine solide und zuverlässige Mehrheit im Parlament stützen konnte.

Dankbar bin ich aber auch den Kolleginnen und Kollegen, deren Vertrauen in mich nicht ganz gereicht hat, um mich in meiner politischen Arbeit zu unterstützen.

Das bedeutete ja nicht, daß der Gedankenaustausch, die politische Auseinandersetzung und – wo nötig – auch der heftige Streit immer fruchtlos bleiben mußten. Meine Erfahrung sagt mir, daß

konstruktive Kritik auch dann als Ansporn dienen kann, wenn man selber sie für nicht ganz berechtigt hält oder wenn man sie nur teilweise verstehen kann. Am fruchtbarsten habe ich immer jene parlamentarischen Debatten empfunden, in denen quer durch alle Fraktionen spürbar wurde, daß die Welt sich nicht auf schwarz oder weiß reduzieren läßt – selbst dann nicht, wenn klare und eindeutige Entscheidungen nötig sind.

Weil ich bei der Abwägung des Für und Wider in den meisten Fällen nicht 100 Prozent auf der einen oder der anderen Seite buchen konnte, habe ich mich manches Mal mit Entscheidungen schwergetan. Wem das als Schwäche gilt, dem will ich das gerne nachsehen. Ich lasse mich da von einer Einsicht leiten, die André Gide so formuliert hat: »Vertraut denen, die die Wahrheit suchen. Mißtraut denen, die sie gefunden haben.«

III.

Wer die Zukunft gestalten will, muß wissen, woher er kommt.

Nordrhein-Westfalen ist ein junges Land, aber ein Land mit traditionsreichen Städten und Regionen. So vielschichtig wie seine Vergangenheit, so vielschichtig wie seine Landschaften, so kontrastreich sind auch die Eigenarten der Menschen, die in Nordrhein-Westfalen leben:

- Die hintergründig-verhaltenen Westfalen,
- die temperamentvollen und lebensfrohen Rheinländer,
- und die Lipper, die für ihre Sparsamkeit ebenso bekannt sind wie für ihren Selbstbehauptungswillen.

All das kann nur verstehen, wer die vielfältigen geistigen und religiösen Traditionen kennt, die unser Land prägen. Da gibt es den Ravensberger ebenso wie den Wuppertaler Pietismus, den Paderborner Katholizismus wie den des Münsterlandes, die Freiheitsliebe der Rheinländer und den Freisinn der Lipper.

Aus dieser Vielfalt gewinnt Nordrhein-Westfalen seine Stärke. Bei aller Vielfalt und bei allen Gegensätzen haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen inzwischen ein Bewußtsein für unser Land und von unserem Land entwickelt, ein Landesbewußtsein, das nicht auf Ausgrenzung setzt, sondern zu gemeinsamen Handeln einlädt.

Wie kaum eine andere Region in der Bundesrepublik Deutschland ist unser Land seit über einem Jahrhundert davon geprägt, daß Menschen als Fremde zu uns kommen und hier eine neue Heimat finden:

- Arbeiter, aus Schlesien und Masuren schon vor über hundert Jahren,
- Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten nach 1945,
- Männer und Frauen aus der Türkei, aus Italien, aus Griechenland und vielen anderen Ländern, die vor allem große Unternehmen in den sechziger Jahren als Gastarbeiter gerufen haben,

- seit Mitte der achtziger Jahre viele Deutschstämmige, vor allem aus Polen, Rumänien und aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion und
- Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung und Vertreibung, vor Elend und Bürgerkrieg zu uns gekommen sind.

Diese lange Tradition hat dazu beigetragen, daß die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht danach fragen, woher einer kommt, sondern was er tut und was er beiträgt, gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Das geht nicht ohne Probleme. Darum muß das friedliche Zusammenleben und das gute Miteinander zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten politisch gefördert werden und es darf nicht zerredet oder gar zerstört werden.

Das muß auch in Zukunft die gemeinsame Aufgabe aller Demokraten sein. Ohne wenn und aber.

Solidarität und die Bereitschaft auch in schwierigen Zeiten zusammenzustehen, das zeichnet unser Land Nordrhein-Westfalen aus. Solidarität hat bei uns Tradition und wird tag-täglich gelebt. Das hat den Menschen in unserem Land Sicherheit gegeben, unaufgeregt und mit ruhiger Kraft immer wieder auch große Herausforderungen zu meistern.

IV.

In kaum einem Land haben die Menschen schon seit Jahrzehnten stärker als bei uns erfahren, daß Veränderungen die einzige Konstante ist.

In den vergangenen Jahren hat sich Nordrhein-Westfalen gewaltig verändert – weit mehr als die meisten von uns vor 20 Jahren gedacht haben.

So wenig die alten Zeiten immer gut waren, so wenig hat sich alles zum Besseren verändert. Aber daß es auch durch vorausschauende Politik gelungen ist, dafür zu sorgen, daß aus wirtschaftlicher Dynamik nicht soziales Dynamit wird: Das ist eine Gemeinschaftsleistung, auf die wir in Nordrhein-Westfalen stolz sein können.

In den nächsten 20 Jahren wird sich wieder vieles verändern. Manches erkennen wir schon, anderes sehen wir erst in Umrissen. Unser Land wird sich – das jedenfalls ist gewiß – auch in den kommenden 20 Jahren so stark verändern, daß es in vielem nicht wiederzuerkennen sein wird.

Unser gemeinsames Ziel aber sollte es sein, daß Nordrhein-Westfalen ein starkes Land bleibt, in dem zu leben und zu arbeiten sich lohnt. Ich bin sicher, daß mein Nachfolger, dem ich Glück und Segen wünsche, seine ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen wird.

Ich wünsche mir unser Land auch in Zukunft auf der Höhe der Zeit:



Abb. 112: Rau kommt zum letzten Mal als Ministerpräsident aus dem Bundesrat, 8.5.1998.

- leistungsfähig und selbstbewußt,
- heimatverbunden und weltoffen,
- freiheitlich und sozial,
- umweltbewußt und kulturell reich,
- tolerant und menschenfreundlich.

Ich wünsche mir ein Land, das seine Stärke bezieht

- aus dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen,
- aus dem Dialog verschiedener Kulturen,
- und aus der Bereitschaft der Menschen, nicht nur an sich selber zu denken, sondern gemeinsam mit anderen die Dinge zum Besseren zu verändern.

Ich wünsche mir ein Land, das sich stark macht für einen lebendigen Föderalismus in Deutschland und für ein zusammenwachsendes Europa, das seine Kraft aus der Vielfalt seiner Regionen bezieht.

Wenn das gelingt, dann ist mir nicht bange um die Zukunft unseres Landes. Dazu kann jeder einen Beitrag leisten.

Ich werde das tun: als Abgeordneter, der ich bleibe, und jenseits des Amtes des Ministerpräsidenten, das ich heute dankbar abgebe.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Fehler machen alle, auch ich habe Fehler gemacht. Ich entschuldige mich bei denen, die ich verletzt oder gekränkt habe, ich habe das nicht gewollt und ich überreiche Ihnen, Herr Präsident, jetzt den Brief, mit dem ich gemäß Artikel 62 Absatz 1 unserer Landesverfassung vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktrete.«

Rede vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen zu seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten, Düsseldorf, 27.5.1998 (JRA).

Obwohl die wirtschaftliche Lage des Landes schwierig und die finanziellen Spielräume der Landesregierung geringer geworden waren, hatte Johannes Rau mit seiner Regierungszeit Maßstäbe gesetzt. Seine Anstrengungen, den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, hatten das bevölkerungsreichste Bundesland nachhaltig verändert. Mit seinen Bemühungen um die Entwicklung einer nordrhein-westfälischen Identität war er zum Moderator des politischen und sozialen Lebensgefühls geworden. Seine beharrlichen Versuche, durch Verhandeln, Moderieren und die Pflege von Kontakten mit allen gesellschaftlichen Gruppen einen möglichst breiten Konsens über die wichtigen landespolitischen Fragen zu erreichen, seine Integrationsfähigkeit, sein Vermögen, auch gegensätzliche Interessen einzubinden, hatten ihn überparteilich hohes Ansehen gewinnen lassen.